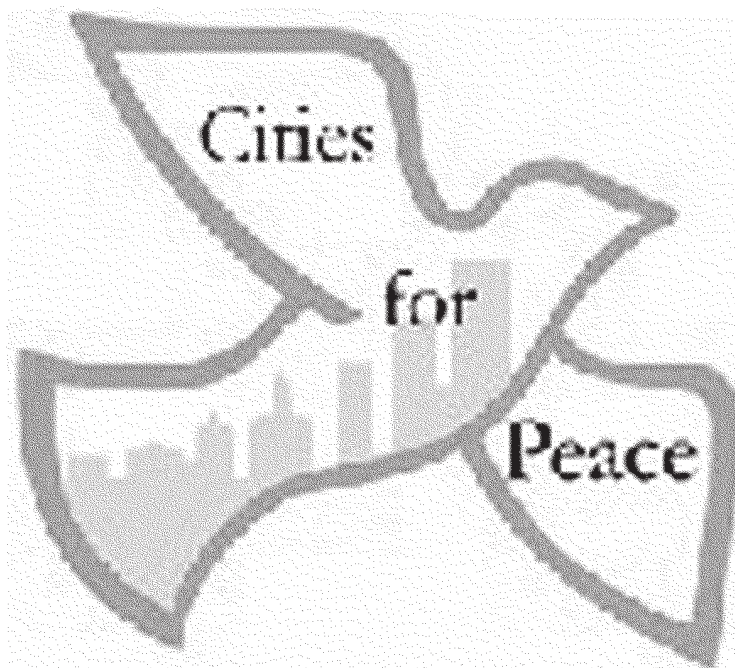


Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



S. 3

*Krieg gegen den Irak:
Unabsehbare Folgen*

S. 4

*Der Krieg um die Neuordnung
im Nordirak hat begonnen*

S. 7

*Verfassungsschutz
rettet NP vor Verbot*

S. 13

*Auch in der BRD:
Städte in Bewegung gegen
Irak-Krieg*

S. 16

*Zeitarbeiter rein, Stamm-
belegschaft raus*

S. 22

*Reisebericht:
Inshallah Marokko ?*



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)
- ☐ Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

EINWANDERUNG: In ihrem Sozialberichtes 2002 beschreibt die Arbeiterwohlwahrt (AWO) die Lebensverhältnisse von Zuwanderern in Deutschland als Dokument integrationspolitischen Versagens. In vielen gesellschaftlichen Lebensbereichen könne unter diesen Voraussetzungen „Einbürgerung“ nicht statt finden, sie sei offensichtlich auch gar nicht gewollt.

Es gelingt dem deutschen Bildungssystem nicht, hier geborene Kinder und Jugendliche ausländischer Herkunft ihrem Alter gemäß zu bilden. Es mangelt nicht den Kindern an Voraussetzungen, sondern das Bildungssystem ist selektiv, lehr- und lernunfähig (vgl. PISA).

Ausländische Jugendliche nehmen weniger an der dualen beruflichen Ausbildung teil als einheimische Jugendliche (33 Prozent/ 66 Prozent) und bleiben viermal häufiger ohne Berufsabschluss (33 Prozent/8 Prozent).

Die Benachteiligungen im Bildungssystem haben nachhaltige Auswirkungen am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit hat sich bei den Migrantengruppen verfünffacht und ist langfristiger.

Vier Fünftel der ausländischen Familien leben in westdeutschen Großstädten mit über 100.000 Einwohnern. Sie leben in schlechteren Wohnverhältnissen, zahlen aber höhere Mieten als ihre deutschen Nachbarn (11,51 DM/qm zu 10,69 DM/qm; 1998).

Eine interkulturelle Öffnung in der gesundheitlichen Vorsorge und Behandlung gibt es nur in einzelnen wenigen Modellversuchen. Die Säuglingssterblichkeit etwa ist um 29 Prozent höher als bei deutschen Babys. Versorgungsmängel, Fehldiagnosen, Endlosdiagnostik, falsche Medikamentierung aus Missverständnissen und Hilflosigkeit haben nachhaltige Folgen und sind zudem kostenintensiv.

Eine halbe Million Bürger ausländischer Herkunft sind älter als 60 Jahre. Bereits in wenigen Jahren (2010) wird eine Zunahme auf 1,5 Mio. erwartet. Das Pflegebedürftigkeitsrisiko ist bei Migranten besonders hoch, aufgrund häufiger Arbeitsunfall- und Berufskrankheiten in ihrer Lebensbiografie. Die Altenhilfe muss sich auf diese spezifischen Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe einstellen.

Viele öffentliche Dienste und Einrichtungen sind monokulturell ausgerichtet und erreichen die Migrantenbevölkerung nur in geringem Maße. Das gilt für die Kinder- und Jugendhilfe genauso wie für die Altenhilfe, die Sozialberatung und das Gesundheitswesen.

www.awo.org

LANGZEITARBEITSLOSE: Der Paritätische Wohlfahrtsverband wirft Bundeskanzler Gerhard Schröder vor, mit seinen angekündigten Maßnahmen zum Umbau des Sozialstaats langzeitarbeitslose Menschen in die Armut zu treiben. „Die grundsätzlich begrüßenswerte Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe

und Sozialhilfe darf nicht dazu führen, dass 1,6 Millionen Menschen künftig mit sozialen Leistungen abgespeist werden, die ihnen nicht einmal die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auf bescheidenem Niveau ermöglichen“, kritisiert Barbara Stollerfoht, Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbands. Schon jetzt sei die Sozialhilfe zehn Prozent zu niedrig, um das gesellschaftliche Existenzminimum zu decken. Die massiv gestiegenen Lebenshaltungskosten seien in keiner Weise berücksichtigt, betont Stollerfoht.

Schröders Plan, das neue Arbeitslosengeld II lediglich auf dem Niveau der Sozialhilfe festzuschreiben, werde zu einer verheerenden sozialen Schieflage führen, mahnt die Vorsitzende des Paritätischen. Stollerfoht: „Vom Anspruch einer gerechten Verteilung der Lasten hat der Kanzler sich mit dieser Ankündigung weit entfernt. Den Preis für seine Reform des Sozialstaats zahlen vor allem Langzeitarbeitslose.“ Sie sollen nach Schröders Ankündigung künftig nicht mehr 36 Monate lang Arbeitslosengeld erhalten, sondern nur noch zwölf Monate beziehungsweise 18 Monate, wenn sie älter als 55 Jahre sind.

Für den Paritätischen Wohlfahrtsverband muss das Niveau des Arbeitslosengeldes II deutlich über dem jetzigen Sozialhilfeniveau liegen und berücksichtigen, wie viele Unterhaltspflichtige im Haushalt leben. www.paritaet.org

EINS AUFS ANDERE: Nachdem der Bundestag den Ladenschluss wieder ein Stückchen weiter abgeschafft hat, stößt die FDP weiter vor: In einem Antrag im Bundestag fordert die Fraktion eine Verkürzung der nächtlichen Ruhezeit für die „Außengastronomie“, sprich Biergärten und ähnliches. Heute im Bundestag berichtet: „So soll nach dem Willen der Fraktion zum einen die Nachtzeit im Immissionsschutzrechtlichen Sinne während des Zeitraumes der jährlichen Sommerzeit erst um 23.00 Uhr, idealer Weise erst um 24.00 Uhr beginnen, statt wie bisher in der Regel um 22.00 Uhr. Zum anderen sollen höhere Immissionsgrenzwerte für den von der Außengastronomie ausgehenden menschlichen Kommunikationslärm festgelegt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Bundesregierung einen unbürokratischen, verbraucherfreundlichen und praxistauglichen Vorschlag zur Änderung des Bundesimmissionsschutzrechts vorlegen.“

Dann wird noch etwas geschwärmt von den liberalen südeuropäischen Ländern und der „ausgeprägten Biergartenkultur“ der Deutschen, die so wichtig für den Tourismus sei. Und schließlich: „Weiter begründen die FDP ihre Initiative mit einem, auch durch längere Ladenöffnungszeiten bedingten, veränderten Ausgehverhalten, das sich zeitlich nach hinten verlagert habe.“

Politische Berichte, auch ältere Ausgaben: www.gnn-archiv.staticip.de

Unabsehbare Folgen

Krieg gegen den Irak

In offenem Bruch des Völkerrechts haben die USA und ihre „Koalition der Willigen“ am 20. März den Irak angegriffen und einen Krieg begonnen, dessen Verlauf und dessen Auswirkungen auf die Region, ja auf die Welt unabsehbar sind.

Fünf Tage nach Beginn dieses Krieges ist nicht mehr zu übersehen, dass die USA von einer Fehlbeurteilung der Lage im Irak ausgingen. Anders als im ersten Golfkrieg, als die Alliierten die Invasion von Bodentruppen erst nach mehrwöchigem Bombardement in Gang setzten, als die irakische Armee bereits völlig demoralisiert war und in weiten Teilen des Landes kaum noch Widerstand entgegengesetzte, drangen die angreifenden Armeen dieses Mal zu Beginn vom Süden her in das Land ein mit dem Ziel, so schnell wie möglich nach Bagdad vorzustoßen. Diese Strategie gründete sich auf die Annahme, dass die irakische Armee im Süden zu ernsthaftem Widerstand nicht in der Lage sei und dass es schnell gelänge, die Städte im Süden nehmen und den Südirak unter Kontrolle zu bringen. Hätte dann noch die im Süden lebende, vom Baath-Regime unterdrückte schiitische Bevölkerungsmehrheit die Invasionsarmeen als Befreier begrüßt, hätten die USA ihr Besatzungsregime mit einer Art legitimen Anstrich errichten können. Auf diese Weise hätte man das Regime in Bagdad einschnüren können und seinen Zusammenbruch herbeiführen. Auch im Kampf um die öffentliche Weltmeinung hätte dies als Befreiungsschlag gewirkt. Aber so ist es nicht gekommen.

Zwar sind die alliierten Truppen schnell ziemlich weit bis ca. 100 km vor Bagdad vorgestoßen. Doch damit haben eine fast 500 km lange Kommunikations- und Nachschublinie eingerichtet – ein Zeichen fast schon uferloser Arroganz. Jede Division benötigt pro Tag allein rund 1.500 Tonnen Material (Munition, Kraftstoff, Ersatzteile), die Versorgung mit Nachschub wäre auch dann kein kleines Problem, wenn der Süden wenigstens weitgehend von den US-Alliierten kontrolliert würde. Doch das ist nicht der Fall. Die Flanken der langen Linie sind ungedeckt. Anders als frühe Erfolgsmeldungen glauben machen wollten, haben die US-Alliierten weder die Halbinsel Fao fest in der Hand noch die Hafenstadt Umm Kasr am Shatt al-Arab noch die

Städte Basra und Nasirija. Die irakische Armee hat unerwartet die Taktik eingeschlagen, sich in die Städte zurückzuziehen, die US- und britischen Truppen hineinanziehen und ihnen mit einer Guerillataktik schwer zusetzen. In Nasirija lieferten am Montag 500 irakische Verteidiger 5000 Marines, die die in der Stadt gelegenen Brücken über den Euphrat zu erobern suchten, einen verlustreichen Kampf.

Darin besteht die Fehlbeurteilung der Situation durch die USA und ihre Verbündete: Auch im Süden des Irak fürchten die Menschen die Invasoren mehr als das Baath-Regime. Der militärische Machtapparat des Regimes ist weitaus gefestigter als angenommen. Die irakische Armee baut Widerstand auf, und nach dem bisherigen Verlauf lässt sich sagen, dass es sich kaum um ein Strohfeuer handelt. Die irakischen Soldaten können sich, augenscheinlich auch in kleinen Gruppen, in den Städten des Südens halten, ohne von der Bevölkerung totgeschlagen zu werden. Im Gegenteil geben verschiedene Berichte darüber Aufschluss, dass sich auch Zivilbevölkerung an den Kämpfen beteiligt. Überdies kön-



nen die US-Truppen ihre haushohe technische Überlegenheit nur teilweise zur Geltung bringen. Russische Geheimdienstquellen berichten, dass jedes dritte alliierte Flugzeug, das die irakische Luftverteidigung angreifen sollte, unverletzter Dinge und voll beladen umkehren muss, weil z.B. die irakischen Radarstellungen umgruppiert wurden.

Vom Völkerrechtsbruch zum Kriegsverbrechen?

Allgemein war erwartet worden, dass die USA ihre Strategie des „shock and awe“ – des „Schockierens und Erschreckens“, eine Strategie, die gewaltige Schläge gegen Infrastruktur, Fabriken u.ä. und Massaker an der Bevölkerung beinhaltet – von den ersten Kriegsstunden an entfalten, um den Zusammenbruch des Regimes herbeizubomben und eigene Opfer gering zu halten. Zumindest in den ersten beiden Kriegstagen haben die USA jedoch darauf verzichtet. Bis heute erlebt die Hauptstadt Bagdad zwar heftigste

Luftangriffe, doch allem Anschein nach – vielleicht auch, weil die Augen der Welt auf Bagdad gerichtet sind – richten sich die Angriffe im Wesentlichen gegen militärische Ziele bzw. gegen Schaltstellen des Regierungs- und Militärapparates. In anderen Städten aber sind nach übereinstimmenden Korrespondentenberichten spätestens seit Sonntag die Bombardements großflächiger, wurden wahllos ganze Wohnviertel zerbombt, zahlreiche Zivilisten getötet und verwundet. Je härter der unerwartete Widerstand, desto brutaler und zerstörerischer werden die Angriffe der Alliierten. Zum Beispiel hatten noch bis Sonntag der Neuen Zürcher Zeitung zufolge alliierte Militärsprecher mehrfach betont, dass es in Basra keine militärischen Ziele gebe. Nach einem Bombardement Basras am Sonntag (23.3.) zeigte der arabische Fernsehsender Al-Jazira Bilder von zerstörten Wohngebenden und vielen toten und verletzten Zivilisten. Am Dienstagvormittag (25.3.) erklärten britische Militärsprecher die Zwei-Millionen-Stadt Basra zum „militärischen Ziel“¹. Zur Stunde ist unklar, ob die alliierten Truppen den irakischen Widerstand im Häuserkampf zu brechen versuchen oder nicht. Die Hilfsorganisationen befürchten in jedem Fall eine humanitäre Katastrophe, da Basra am Dienstag bereits mehr als zwei Tage ohne Strom- und weitgehend ohne Wasserversorgung ist. Schon vor dem Angriff hatte die UNO wiederholt darauf hingewiesen, dass angesichts des schlechten Gesundheitszustands der irakischen Bevölkerung infolge des 12-jährigen Embargos jede Versorgungskrise zu Tausenden und Abertausenden von Toten führen werde.²

Und wie werden die USA und ihre Verbündeten reagieren, jetzt, da ihre Strategie schon zu Beginn nicht aufgegangen ist, da der Widerstand härter und früher und die eigenen Verluste höher als erwartet ausfallen, da die Gefahr droht, in einen langen, verlustreichen Krieg verstrickt zu sein? Die Gefahr, dass sie den Irak in Schutt und Asche legen und durch bedenkenlosen Einsatz ihrer Feuerkraft Tausende, Zehntausende Menschen töten, um das Kriegsziel zu erreichen, wächst dramatisch.

Zugleich wird mit jedem Tag des Widerstandes ihre Lage in der Region prekärer, die Auswirkungen des Angriffskrieges auf die arabische und auf die islamische Welt unwägbarer.

„Holt die Truppen nach Hause“

Die öffentliche Weltmeinung hat sich gegen den Krieg gestellt. Sie hat ihn nicht verhindern können, aber die Proteste in aller Welt reißen nicht ab. In den USA und Großbritannien scheinen die Versuche, mit Beginn des Krieges den nationalen Schulterschluss herzustellen, nicht ganz ohne Erfolg zu bleiben. Aber auch wenn die Meinungsumfragen Meinungsumschwünge und überwiegende Unterstützung des Kriegskurses suggerieren: Noch



New York



Buenos Aires



Djakarta



Sydney



Athen



Stützpunktblockade in GB

In den ersten Kriegstagen demonstrieren Millionen in aller Welt

nie gab es in beiden Ländern zu Beginn eines Krieges so große Antikriegsbewegungen. Gerade was die USA anbetrifft, fällt der beträchtliche Widerstandswille auf gegen eine Art und Weise zu leben, in der man sich zum Feind der Menschheit und sich die Menschheit zum Feind macht, ein Widerstandswille, der auch und nicht zuletzt in den kommunalen Körperschaften verankert ist. In den letzten beiden Ausgaben hatten wir die Städtebewegung „Cities for Peace“ dokumentiert. In dieser Ausgabe dokumentieren wir eine parallele Städtebewegung (S. 6f.), die auf die Verteidigung des Zusammenlebens in den USA abzielt. Die Vorbereitung des Angriffskrieges auf den Irak und erst recht der erfolgte Angriff geht im Inneren der USA mit Tendenzen einher, die die Gefahr faschistischer Entwicklungen bergen. Dazu gehört die Vorbereitung von Internierungslagern, die massenhafte Verhaftung von Asylbewerbern, Pläne, Menschen mit „Verbindungen zu terroristischen Organisationen“ die Staatsbürgerschaft abzuerkennen u.v.m. Auch in diesem Zusammenhang kann man die Bedeutung der Antikriegsbewegung in den USA gar nicht hoch genug bewerten.

Die Cities-for-Peace-Bewegung hat mit Kriegsbeginn drei Kampagnen begonnen³. Zum einen ruft sie zu einer Kampagne des zivilen Ungehorsams in den Kommunen auf. Des weiteren versucht sie mit der Unterstützung von Veranstaltungen und Massenversammlungen an Schulen, Universitäten, in städtischen Hallen usw. unter dem Motto „Amerika – wohin?“ die breite öffentliche Diskussion über den Krieg, über Multilateralismus, friedliche Konfliktlösung etc. voranzubringen. Vor allem aber hat sie in Zusammenarbeit mit der Veteranen-Bewegung und verschiedenen Instituten eine Kampagne eingeleitet unter dem Motto, dass die wirkliche Unterstützung „unserer Truppen“ darin besteht, sie nach Hause zu holen.⁴ Dazu hat sie sehr sorgfältig eine Musterresolution ausgearbeitet, die viele Gründe aufführt, von der Verheerung der Soldaten in einem Präventivkrieg ohne internationale Unterstützung über die Kürzung z.B. der staatlichen Zuschüsse zur Bildung von Kindern der Soldaten bis zum Zusammenstreichen der Gesundheitsversorgung von Soldaten ...

scc

1 www.n-tv.de, www.nzz.ch, 25.3.

2 Am Montag hat General Frank angekündigt, jetzt die humanitäre Hilfe für die irakische Bevölkerung zu starten. U.a. die NZZ hat aber enthüllt, dass es mit der „humanitären Hilfe“ durch die USA, die überdies von der Armee und in direkter Konkurrenz zu Hilfsorganisationen organisiert wird, mangels zur Verfügung gestellten Geldern nicht weit her ist. So habe man drei Mio. Essensrationen für den Irak bereitgestellt. „Drei Millionen Rationen reichen einen Tag lang für die Hälfte aller Personen – in Bagdad.“

3 Rundmail der Koordinatoren der Cities-for-Peace-Bewegung vom 21.3.

4 <http://www.ips-dc.org/citiesforpeace/newres.htm>

Der Krieg um die Neuordnung im Nordirak hat begonnen

Nach einer Woche Verzögerung hat der Krieg im Nordirak an mehreren Fronten begonnen. Lager der islamistischen „Ansar al Islam“ im Bergland zum Irak wurden von US-Einheiten und der kurdischen PUK (Talabani) angegriffen. Türkische Einheiten, die mit 10.000 Soldaten (andere Quellen sprechen von 20.000) im türkisch-irakischen Grenzgebiet operieren, sollen Kadek-Einheiten angegriffen haben. (Die Welt, 24.3.) Seit Montag bombardieren US- und britische Luftwaffe die Großstädte Kirkuk und Mossul. PUK-Einheiten rücken auf Kirkuk vor. Die USA beginnen, Soldaten über eine Luftbrücke aus Jordanien und Kuwait im Nordirak abzusetzen, erste Vorkommandos stoßen auf Kirkuk vor. Der Malteser Hilfsdienst meldet, dass aus Kirkuk, Mossul und der Region Dohuk nahe der türkischen Grenze bis zu 500.000 Menschen versuchen, sich in die Bergregionen zu retten. (FAZ, 25.3.)

Ursprünglich wollten die USA die Nordfront gegen den Irak über die Türkei eröffnen. Von Silopi, Diyarbakir und Adana aus sollten Luftangriffe geflogen werden und 62.000 Soldaten von der Türkei her eindringen. 3.500 US-Ingenieure waren für die Reparatur und den Ausbau der nötigen Infrastruktur in die Türkei gekommen, und in den Häfen von Iskenderun und Mersin wurden Unmengen von Material und Panzern entladen und ein großer Teil in Zwischenlager nach Kiziltepe, Nusaybin und Silopi verbracht. Die türkische AKP-Regierung und das Militär verhandelten mit den USA um Streichung von Auslandsschulden, Waffensys-

Newroz 2003: Kurden demonstrieren für Frieden

Die Hauptthemen der diesjährigen Newrozfeiern am 21. März waren „Nein zu Krieg, Isolationshaft und Vernichtungspolitik gegen die Kurden“ hatte der Dehapi-Vorsitzende M. Abbasoglu angekündigt. „Der Wunsch, Frieden, Demokratie, Menschenrechten und Freiheiten zu gewinnen, werde an Newroz zum Ausdruck gebracht. Die Türkei beabsichtige im Rahmen des Krieges der USA durch ihre Unterstützung, ihre Vernichtungspolitik gegen die Kurden auf den Süden Kurdistan auszudehnen.“

Wie in den vergangenen Jahren versuchten türkische Sicherheitskräfte und staatlichen Stellen, gegen die Newroz-Festlichkeiten mit Verboten und Gewalt vorzugehen. In 18 Provinzen wurden Kundgebungen untersagt. Wenige Tage zuvor hatte das türkische Verfassungsgericht die Hadepe verboten. Der Generalstaatsanwalt stellte die nächsten Verbotsanträge gegen die Dehapi und weite-

temen wie Patriot-Raketen, AWACS-Überwachung und ein 25 Mrd. Dollar Unterstützungsprogramm.

Die Verhandlungen mit Ankara kamen zum Stocken über die Frage der Nachkriegsordnung im Nordirak. Die Türkei lehnt eine kurdische Autonomie oder einen kurdischen Föderationsstaat im Irak ab – womöglich noch in Besitz der Ölfelder von Kirkuk, auf die die Türkei selbst Anspruch erhebt.

Es sah erst aus, als ob den USA der Spagat zwischen den kurdischen Verbündeten PUK und KDP (Barzani) und der Türkei gelingen sollte. Die Türkei sollte auf eine Pufferzone entlang der Grenze beschränkt werden, die kurdischen Einheiten gegen die irakischen Stellungen vorgeschoben und US-Einheiten zwischen diesen beiden Fronten stehen und Kirkuk und Mossul besetzen. Alles weitere war auf die Zeit nach dem Sieg verschoben. Um Kämpfe zwischen kurdischen Milizen und türkischen Soldaten zu vermeiden, drängte US-Vermittler Khalilzad darauf, alle Kräfte in der Region unter US-Kommando zu stellen. Dieses Ansinnen lehnte die Türkei ab.

Auf der Konferenz in London kam die irakische Opposition überein, dass die vom Irak betriebene Zwangsumsiedlung der kurdischen Bevölkerung in der Region Kirkuk und bei Mossul rückgängig gemacht werden soll. Das kurdische Regionalparlament beschloss, dass zu einem künftigen kurdischen Bundesstaat Kirkuk gehöre. (NZZ, 19.3.) Und dann verhandelten die britischen und US-Ölkonzerne Exxon Mobil, Unocal, BP und Shell mittlerweile mit den nordirakischen Kurden über die Ausbeutung der Ölfelder. (Kölner Stadtanzeiger, 15.3.) Die Töne aus Ankara wurden immer schärfer, dass unter keinen Umständen ein kurdischer Bundesstaat geduldet

wird. Mit einer Intervention wurde gedroht. Weiter stellt die Türkei den US-amerikanischen Anspruch, in einem besiegten Irak alleinige Ordnungsmacht zu sein, in Frage.

Aber auch die Stimmung und der heftige Widerstand der Bevölkerung der Türkei brachte die US-Pläne frühzeitig zum Stoppen. Das türkische Parlament entschied sich in einer ersten Abstimmung Anfang März gegen die US-Stationierung. In einer zweiten Abstimmung genehmigte das Parlament Überflugrechte, aber keine Bodentruppen. Dafür erkaufte sich die Türkei eine 19 km tiefe Pufferzone entlang der Grenze im Irak. Der AKP-Ministerpräsident Erdogan: „Die Präsenz der türkischen Soldaten in der Region wird ein Element der Sicherheit und der Stabilität für die Türkei und die Region sein.“ Die Soldaten würden im Grenzgebiet eine Pufferzone einrichten, um Kriegsflüchtlingen zu helfen und „verschiedene Provokationen für unsere Sicherheit zu unterbinden“. Als weitere Kriegsvorbereitung werden in den Kurdenprovinzen der Türkei die Lockerungen seit der Aufhebung des Ausnahmezustandes zurückgenommen.

Auf jeden Fall ist der Konflikt um einen Kurdenstaat oder einer kurdische Autonomie im Nordirak und die Ölfelder von Kirkuk und Mossul auch für den Fall eines Sieges über den Irak jetzt schon ausgebrochen. Die USA ist derzeit bemüht, keine Kampffront im Rücken bei ihrem Vorstoß auf die Ölfelder und Bagdad zu bekommen.

Abzuwarten bleibt, wie die USA mit ihren kurdischen Verbündeten umspringt und ob sie diese wie im letzten Golfkrieg und in den 60er Jahren wieder einmal fallen lässt – was eher zu erwarten ist als der Umkehrschluss bzgl. der Türkei, denn es geht um die Neuordnung der Kräftever-

hältnisse in der Region.

Duran Kalkan vom Kadek-Präsidialrat bewertet die Situation folgendermaßen: „Von einem Wandel [in der Region] werden die Kurden in irgendeiner Form profitieren. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Freiheit für die Kurden von selbst entstehen wird. Indem wir kämpfen, werden neue Möglichkeiten entstehen, unser Recht zu erlangen. Dieser Kampf muss nicht Krieg bedeuten, wir wollen keinen Krieg. Die Kurden wollen mit demokratischen Methoden kämpfen. Aber die reaktionären Kräften drängen zum Krieg. Demokratische und politische Methoden sollen uns dadurch verschlossen werden; dies ist die Ursache für den Krieg.“ „Wir haben angenommen, dass die AKP-Regierung mit ihrem Anspruch von Veränderung eine Rolle in der demokratischen Entwicklung der Türkei spielen könnte ... An die Regierung der Türkei stellen wir folgende Frage: Wie werden sich die demokratischen Institutionen und die kurdische Bevölkerung in der Türkei organisieren können? Sie können nur noch nach Europa oder in die Berge gehen, alle anderen Wege werden ihnen verschlossen. ... Es gelingt ihnen kein vernünftiger Entwurf für die Zukunft. Dabei ist ihnen eine Lösung vorgeschlagen worden. Mit dem Waffenstillstand ist die Möglichkeit geschaffen worden, einen Weg der Veränderungen zu beschreiten ... Mit ihrer Politik verweigert sich die Türkei jeder Lösung. Als Soldaten der USA, im Bündnis mit der Reaktion, kann die Türkei nicht in den Mittleren Osten eintreten. Doch es gibt einen Lösungsweg, und der lautet Demokratie. Wenn dieser Weg nicht eingeschlagen wird, wird auch die Erdogan-Regierung nichts Neues hervor bringen können.“

(Özgür Politika, 18.3.)

rub

re sieben Parteien. In Istanbul wurde ein Büro der Dehap durch einen Bombenanschlag verwüstet.

Vor allem in den Städten Istanbul, Adana, Batman, Diyarbakir und Van wurden schon Tage zuvor Protestkundgebungen gegen die Isolationshaft Abdullah Öcalans und für Newroz durchgeführt. Im Stadtteil Bagcilar in Istanbul gab die Polizei Warnschüsse ab, um eine Protestversammlung aufzulösen. Ebenso wurde in Istanbul gewaltsam eine Demonstration der Dehap zum Gedenken an den Giftgasangriff in Halabja vor 15 Jahren beendet.

Trotz aller Behinderungen, Verbote und Festnahmen fanden in der ganzen Türkei Veranstaltungen und Demonstrationen statt. Die größte Veranstaltung war wieder in Diyarbakir mit etwa 500.000 Menschen (Bild links). Alle Redner stellten den Widerstand gegen den Krieg gegen den Irak in den Mittelpunkt und lehnten eine Beteiligung der Türkei und eine Besetzung Nordiraks ab. Nach leichten Entspannungen seit der Aufhe-

bung des Ausnahmezustands letzten November habe sich die kurdische Region der Türkei wieder in eine „Kriegsatmosphäre“ gewandelt. In Batman kamen 150.000 Menschen. Dort sprach auch der Generalsekretär der SHB, Baglar: Alle in der Türkei bestehenden Kulturen und Sprachen müssten frei sein. Die Türkei darf das Sterben der Menschen im Irak nicht zulassen. Die Isolation verwandele das Gebiet erneut in ein Kriegsgebiet. „Wir wollen keine Rückkehr zu den alten

Verhältnissen oder erneute Morde wie an Vedat Aydin oder Mehmet Sincar“.

In Istanbul hielt Eren Keskin, IHD-Vorstandsmitglied und Anwältin, die erste Rede. Sie sandte Grüße an Imrali und die Inhaftierten in allen anderen Gefängnissen. Der Dehap-Vorsitzende Abbasoglu forderte in seiner Rede den Abzug der türkischen Truppen aus Südkurdistan (Nordirak) und den Abzug der amerikanischen Truppen aus der gesamten Region.

rub



Unter diesem Motto hat sich die US-amerikanische Antikriegs-Bewegung „Unite for Peace“ zusammenschlossen mit einer Parallel-Kampagne, die sich gegen die schrittweise Etablierung des Ausnahmezustands im Innern richtet. Dieser Zusammenschluss (am 25. Oktober 2002 in Washington) von damals bereits mehr als 70 Organisationen nennt sich seither „United for Peace & Justice“ und wird mittlerweile (lt. aktueller Liste) von ca. 180 Organisationen innerhalb der USA unterstützt. Das Gesetz, gegen das sich diese Parallel-Kampagne richtet – und das jetzt weiter verschärft werden soll in Abfassung II, ist der USA PATRIOT Act vom 26.10.2001 (Kurzbezeichnung zu: „Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tool Required to Intercept and Obstruct Terrorism“).

Bislang ist es gelungen, in 73 Gemeinden, Landkreisen, Städten (z.B. Seattle, San Francisco, Detroit) sowie Bundesstaaten (Hawaii und New Mexico) entsprechende Beschlussfassungen seitens der dortigen Vertretungskörperschaften gegen den USA Patriot Act zu erlangen. Diese Organe repräsentieren hierüber den mehrheitlichen Willen einer Teileinwohnerschaft von immerhin bereits 5,6 Mio. Menschen. Die anbei dokumentierte Resolution war am 20. März als Vorlage der örtlichen Bewegung „Unite for Peace“, abgestützt auf das dortige Mitglied Angel L. Ortiz (Demokratische Partei), in den Stadtrat von Philadelphia eingebracht worden. Nach eingehender Erörterung und Überarbeitung konnte eine mehrheitliche Unterstützung für ihre endgültige Verabschiedung gewonnen werden. Das war in der Nacht vor dem jetzigen Angriff auf den Irak.

„Im Lichte der anstehenden Wahlen und der allgemeinen Empfindung, dass ein heutiges Votum gegen jedwedes Regierungsmandat als unpatriotisches Votum aufgefasst werden würde – hat Angel Ortiz seine diesbezügliche Eingabe aufgeschoben. Das war natürlich nicht eine Position, die wir unterstützen. Wir sind hier eher der Ansicht, dass es in dieser kritischen Zeit nicht nur patriotisch ist, die Verfassung zu verteidigen – sondern dass das zu den wichtigsten Pflichten unserer Regierung auf allen Ebenen gehört, ungeachtet der auswärtigen Geschehnisse“ (aus der entspr. Internet-Nachricht des Campaign Comittee of Unite for Peace/„eigene Übers.“). huh

Zusätzliche nützliche Quellen:

1. Jennifer Van Bergen/„Repeal the USA Patriot Act. Part I – VI“; 1.-6.04.2002; 6-teilige Abhandlung (amerikan.) in: http://truthout.com/docs_02/04.02.A.JVB.Patriot.p.htm
2. David Cole/„Patriot Act's Big Brother“; 27.02.2003; Abhandlung zur weiteren Verschärfung in Gestalt des „Domestic Security Enhancement Act / DSEA“ (amerikan.) in: <http://www.thenation.com/doc.mhtml?i>

„Macht Eure Stadt oder Gemeinde zu einer sicheren Zone der Bürgerfreiheiten!“

Beschluss für die Stadt Philadelphia/Bundesstaat Pennsylvania gegen den USA PATRIOT ACT und gegen andere Anweisungen an die Exekutive

„[Kurze Vorwegangabe des Inhalts und der Zwecksetzung der Beschlussvorlage – hier weggelassen/Red.]...“

In Anbetracht dessen, dass die Stadt Philadelphia anerkennt, dass eine Bedrohung der verfassungsmäßigen Rechte einer jeglichen Person zugleich auch eine Bedrohung der Rechte aller Personen darstellt; und

In Anbetracht dessen, dass die Stadt Philadelphia dem Schutz der Bürgerrechte und der Bürgerfreiheiten für alle Einwohner stets verpflichtet war und auch weiterhin verpflichtet bleibt; und

In Anbetracht dessen, dass es die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten – die in Philadelphia verfasst wurde – für offensichtlich bzw. selbstverständlich hält, dass alle Menschen

und

In Anbetracht dessen, dass am 11. September 2001 ein schlimmes Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt wurde, das neue Bundesstaatsgesetze und Ermächtigungen nach sich zog – hierin eingeschlossen ist der USA Patriot Act, der von Präsident Georg W. Bush am 26. Oktober 2001 unterzeichnet wurde;

In Anbetracht dessen, dass jener USA Patriot Act – der abgefasst wurde, um dem Angriff auf unsere Nation Rechnung zu tragen – die zuvor genannten grundlegenden verfassungsmäßigen Rechte schwächt, ihnen widerspricht und sie aushöhlt. [Und in Anbetracht dessen, dass] dieser Act, ein 342 Seiten umfassendes Dokument, hastig innerhalb von sechs Wochen erlassen wurde ohne öffentliche Anhörungen oder eine ‚Absegnung‘ durch entsprechende Kongressbefassung; und

In Anbetracht dessen, dass – wie folgende Beispiele deutlich machen – die Bedrohung dieser grundlegenden verfassungsmäßigen Rechte durch den Patriot Act eine Ausweitung der Macht der Bundesregierung in folgende Richtungen beinhaltet: Veranlassen von Telefon- und Internet-Überwachung bei nur eingeschränkter gerichtlicher Aufsicht; Einräumen eines weitreichenden Zugriffs – für die Durchführung dieses Gesetzes [Patriot Act/Red.] und für die geheimdienstlichen Stellen – auf sensitive Daten aus dem medizinische



gleich geschaffen wurden – ausgestattet mit den unveräußerlichen Rechten auf Leben, auf Freiheit, sowie mit dem [Recht auf] Streben nach Glück; und

In Anbetracht dessen, dass die Verfassung der Vereinigten Staaten allen hier lebenden Personen bestimmte Grundrechte garantiert – hierzu zählen die Religionsfreiheit, die Redefreiheit, die Versammlungsfreiheit und die Freiheit der Privatsphäre; [sodann:] Schutz vor unerlaubten Durchsuchungen und Verhaftungen; [des weiteren:] Anspruch auf ein ordentliches Verfahren und auf gleichen Rechtsschutz, auf Zugang zu einem Rechtsbeistand, auf vorgängige Unschuldsumutung sowie auf einen fairen, zügigen und öffentlichen Prozess;

Bereich, aus dem Bereich des psychiatrischen Gesundheitswesens, aus dem Finanzbereich und aus dem Erziehungsbereich unter geringer, wenn überhaupt stattfindender, gerichtlicher Aufsicht; Ausweitung der Ermächtigung zu geheimen Durchsuchungen von Wohnungen und Geschäftsräumen – einschließlich der Kontrolle, welche Bücher in Buchhandlungen gekauft oder in Bibliotheken ausgeliehen wurden; Einschränkung der – auf Grundlage des Gesetzes über die Informationsfreiheit stattfindenden – Bekanntmachung von öffentlichen Dokumenten und Aufzeichnungen; und

In Anbetracht dessen, dass die Auslegungen des Patriot Act durch das Justizministerium sowie die entspr. Durchfüh-

rungsverordnungen sich herausstellen als gerichtet gegen ausgewählte Gruppen bestimmter Hautfarbe und gerichtet gegen bestimmte religiöse Gruppen – einschließlich Einwohnern anderer Nationalität. [In Anbetracht dessen, dass] dies Bestürzung bzw. Furcht ausgelöst hat bei vielen unserer örtlichen Staatsbürger und Nicht-Staatsbürger, die ein ansteigendes Klima der Hautfarbe-bezogenen und ethnischen Ausgrenzung befürchten. [In Anbetracht dessen, dass] dies deswegen besonders beunruhigend ist, weil die Stadt Philadelphia der Wohnsitz einer verschiedenartigen bzw. mannigfaltigen Bevölkerung ist, deren Beiträge zum Charakter und zur Funktion dieser Stadt lebenswichtig sind; und

In Anbetracht dessen, dass der Stadtrat [bereits] am 30. Mai 2002 den Beschluss Nr. 020394 gefasst hat, welcher den energischen Widerstand – es sei denn, es ist [ausdrücklich] angeordnet durch Gerichtsentscheid oder angeordnet aufgrund Gesetzesvorschrift – gegen jene Bundespolitik zum Inhalt hatte, die [den entspr.] örtlichen und bundesstaatlichen Vollstreckungsbehörden die Autorität verleiht, Nachforschungen anzustellen bezüglich der Staatsbürgerschaft und bezüglich des Status der Ortsansässigkeit; und

In Anbetracht dessen, dass der Stadtrat der Leitung der städtischen Polizeibehörde den Schutz der Privatsphäre der Nicht-Staatsbürger in unserer Stadt anvertraut hat – dergestalt, dass sie Gebrauch macht vom Police Directive Memorandum 01-06: Hierüber wird das gesamte Polizeipersonal dazu angehalten, die Vertraulichkeit all jener Informationen im maximalen – vom Gesetz erlaubten – Umfang zu wahren, welche den amtlichen Wohnsitz von Einwanderern betreffen; und

In Anbetracht dessen, dass in 2002 – als vorsorgliche Antwort der Stadt Philadelphia auf die Gefahren des Terrorismus im Gefolge der Anschläge vom 11. September 2001 – das Anti-Terrorismus-Büro innerhalb der [städtischen] Polizeibehörde eingerichtet wurde; und

In Anbetracht dessen, dass der Stadtrat den Auftrag dieses Anti-Terrorismus-Büros unterstützt, was dessen Politik mit einbegreift: Diese Politik ist ausdrücklich darauf abgestellt, „den legitimen Erfordernissen der Gesetzesanwendung Rechnung zu tragen – und gleichzeitig die verfassungsmäßigen und rechtlichen Grundlagen zu bewahren, die jedem Individuum das Recht auf Privatsphäre garantieren“ – und was insofern eine weitere Veranschaulichung liefert davon, dass sich unsere Stadt der Aufrechterhaltung der grundlegenden Freiheiten [eines jeden Bürgers] verpflichtet weiß; und

In Anbetracht dessen, dass viele andere Kommunen und über fünfzig Städte im gesamten Land Beschlüsse gefasst haben, welche die Unterstützung für die Bürgerrechte und Bürgerfreiheiten bekräftigen – im Angesicht einer Politik der

Bundesregierung, die diese Werte bedroht – und [in Anbetracht dessen, dass diese Kommunen und Städte] von den Bundesbehörden einen verantwortlichen Umgang fordern hinsichtlich des Gebrauchs dieser neuen Ermächtigungen; daher

Sei beschlossen, durch den Stadtrat von Philadelphia, dass er seine Unterstützung bekräftigt für den Feldzug der Regierung der Vereinigten Staaten gegen den globalen Terrorismus – aber dass er ebenfalls bekräftigt: Jegliche Maßnahmen zur Beendigung des Terrorismus dürfen nicht auf Kosten der fundamentalen Bürgerfreiheiten der Einwohner von Philadelphia und aller Einwohner der Vereinigten Staaten erfolgen; und

Sei außerdem beschlossen, dass die Stadt Philadelphia die Rechte aller Menschen – das schließt Staatsangehörige der Vereinigten Staaten ebenso ein wie Staatsangehörige anderer Nationen, die in [unserer] Stadt leben –feierlich bekräftigt in Übereinstimmung mit der Bill of Rights und dem vierzehnten Änderungsgesetz zur U.S. Verfassung; und

Sei außerdem beschlossen, dass der Stadtrat von Philadelphia die [örtliche] Stadtverwaltung [einerseits] sowie die Einwohner [andererseits] auffordert – dort, wo sie ihrem Alltagsleben nachgehen, sich leiten zu lassen von der kollektiven Verantwortung und Verpflichtung für den Erhalt der verfassungsmäßigen Schutzrechte, die allen Bürger unserer Stadt zustehen. Der Stadtrat betont, dass es sich hierbei handelt um die übergeordnete Verantwortlichkeit seitens des örtlichen Personals für die betr. Gesetzesdurchführung, [sowie] seitens der ernannten und gewählten amtlichen Repräsentanten der Bundesregierung – sie alle sind strikt verantwortlich für die Einhaltung des Eids, den sie geleistet haben auf die Bewahrung, den Schutz und die Verteidigung der Verfassung der Vereinigten Staaten und die Wohlfahrt des Bundesstaats Pennsylvania; und

Sei schlussendlich beschlossen, dass der [Stadt-]Rat alle Mitglieder des Repräsentantenhauses und des Senats der Vereinigten Staaten aufruft, die Anwendung des betr. Gesetzes und der damit verbundenen Durchführungsverordnungen zu kontrollieren und aktiv hinzuwirken auf die Aufhebung des [U.S. PATRIOT-] Act's – oder auf die Aufhebung derjenigen Bestimmungen des Act's inklusive seiner Durchführungsbestimmungen, die jene [o.a.] fundamentalen Rechte und Freiheiten verletzen, welche festgelegt sind in der Verfassung der Vereinigten Staaten sowie in ihren Abänderungsgesetzen.

Als Beschlussvorlage eingebracht vom Mitglied des Stadtrats von Philadelphia, Angel L. Ortiz

Donnerstag, 20. März 2003“ (Quelle: <http://www.phillypeace.org/patriotact/resolution.html> – eigene Übers.)

Verfassungsschutz rettet NPD vor Verbot

Am 18. März hat das Bundesverfassungsgericht seine schon vorher befürchtete Entscheidung im Verbotsverfahren gegen die neonazistische NPD verkündet. Das Verfahren wird eingestellt. Ihre Entscheidung, so die Richter, sei keine Sachentscheidung zugunsten der NPD. Die Entscheidung erging aus Verfahrensgründen. Die NPD hatte die Einstellung des Verfahrens beantragt, weil ihre Be-spitzelung durch V-Leute der Verfassungsschutzämter ein rechtsstaatliches Verfahren nicht zulasse. Die für die Abweisung dieses Antrags erforderliche Zweidrittelmehrheit im Gericht kam nicht zustande. Drei der sieben Richter sahen keine Möglichkeit, das Verfahren rechtsstaatlich fortzusetzen.

In einem 30-seitigen Urteil, ergänzt um eine 6-seitige Pressemitteilung, erläuterten die Richter ihre Gründe. Vor allem die Erklärung der drei Richter Hassmer, Broß und der Richterin Osterloh, die gegen die Fortsetzung des Verfahrens stimmten, sind eine schallende Ohrfeige für die Innenminister von Bund und Ländern und ihre Verfassungsschutzämter.

„Die Beobachtung einer politischen Partei durch V-Leute staatlicher Behörden, die als Mitglieder des Bundesvorstandes oder eines Landesvorstandes fungieren, unmittelbar vor und während der Durchführung eines Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht ... ist in der Regel unvereinbar mit den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren“, stellen sie klar. „Staatliche Präsenz auf der Führungsebene einer Partei macht Einflussnahmen auf deren Willensbildung und Tätigkeit unvermeidbar.“ Im Grunde verlöre damit eine Partei ihre Parteieigenschaft und werde zu einer „Veranstaltung des Staates“. Noch gravierender werde es, wenn Behörden – wie bei der NPD durch das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz geschehen – sogar noch nach Beginn des Verbotsverfahrens versuchen, Führungsmitglieder als V-Leute zu gewinnen. „Mitglieder der Führungsebene, die mit einander entgegengesetzten Loyalitätsansprüchen des staatlichen Auftraggebers und der observierten Partei konfrontiert sind, schwächen die Stellung der Partei als Antragsgegnerin vor dem Bundesverfassungsgericht im Kern. Sie verfälschen unausweichlich die rechtsstaatlich notwendige freie und selbstbestimmte Selbstdarstellung der Partei ...“ Das Gebot „striktter Staatsfreiheit“ der beklagten Partei sei verletzt. Auch eine nachträgliche Offenlegung aller V-Leute in der NPD – von den Innenministern ohnehin nur „in camera“, also unter Ausschluss der NPD, angeboten – könne diesen Schaden nicht beheben.

Die vier anderen Richter – Sommer, Jentsch, Di Fabio und Mellinghof – be-

streiten diese Kritik ihrer Kollegen nicht. Sie kritisieren aber die Konsequenz, die Einstellung des Verfahrens. Gerichte dürften sich einer Sachentscheidung – ob die NPD verfassungsfeindlich, gewalttätig, antisemitisch usw. ist und verboten gehört – nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen verweigern. Ein solcher Ausnahmefall sei hier nicht gegeben. Notfalls müsse das Gericht „alle seine Möglichkeiten ausschöpfen, um tatsächliche und rechtliche Hindernisse für eine Entscheidung in der Sache auszu-schöpfen“. Damit deuten sie an, was im Vorfeld spekuliert worden war: Das Gericht hätte die Innenminister zwingen können, alle V-Leute offen zu legen. Auch sei eine „staatliche Fremdsteuerung“ der NPD in dem Ausmaß, dass diese für ihre eigenen Taten nicht verantwortlich gemacht werden könne, nicht gegeben. Klärungsbedürftig in der Fortsetzung des Verfahrens sei insbesondere gewesen, „ob in parteitypisch organisierter Weise Angriffe auf die Würde des Menschen erfolgen“ – was bei der NPD angesichts von über einhundert Todesopfern rechter Gewalt seit 1990 sicher der Fall ist. Zusammengefasst: Die Kritik am Einsatz von V-Leuten in Vorständen der NPD sei berechtigt, hätte aber hinter der Notwendigkeit einer Sachentscheidung – bis hin zu einem Verbot – zurückstehen müssen.

Die Entscheidung des Gerichts ist ein Schlag ins Gesicht für die Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz. Die braune Szene dagegen wird jubilieren. Ihre Reorganisation hat bereits begonnen. Die NPD darf weiter unbehelligt an Wahlen teilnehmen, ihre rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Hetze verbreiten und dafür auch noch staatliche Wahlkampfgelder einsacken. Die vielen braunen Spitzel der VS-Ämter in dieser Partei haben ihr ohnehin jahrzehntelang nicht geschadet. Jetzt retten sie die NPD vor dem Verbot.

Es wird spannend sein, welche Konsequenzen Bund und Länder aus der Einstellung des Verfahrens ziehen. Das Gericht hat eindeutig klar gestellt, dass V-Leute in Vorständen einer Partei rechtswidrig sind, weil sie ihre Willensbildung unter staatlichen Einfluss stellen. Eigentlich müssten Schily, Beckstein und die anderen Innenminister nun das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz auflösen und die Aufklärung der Öffentlichkeit über Rechtsextremismus, Antisemitismus und entsprechende Parteien und Verlage und Vereine der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung übergeben, die dafür ohnehin viel kompetenter sind. Aber das werden die Minister nicht tun.

Leider ist selbst die PDS bei der Frage des weiteren Vorgehens gespalten. Während die innen- und rechtspolitische Sprecherin des PDS-Parteivorstands, Evelyn Kenzler, von einem „riesigen Schaden für die Demokratie“ spricht und die Abschaffung der Geheimdienste

verlangt, will die Bundestagsabgeordnete Petra Pau – in der Vergangenheit parteiintern ohnehin eine „Bedenkenträgerin“ gegen das Verbot – die Geheimdienste nur „grundlegend reformieren“ – also im Prinzip beibehalten. Welchen positiven Sinn die Abgeordnete in Geheimdiensten sieht, darüber darf nun weiter gerätselt werden.

rül

Quellen: Bundesverfassungsgericht, Pressemitteilung vom 18.3.2003 und Entscheidungen 2 BVB 1/01 u.a. vom gleichen Tag, PDS-Presse-dienst Nr. 12/2003 vom 21.3.2003

Das Neueste von der CSU:

Wie Stoiber ganz Deutschland retten könnte

Hat es eine Wahllüge gegeben? Nein, zwei. Stoibers Wahllüge bestand in der Behauptung, in Bayern sei alles besser, obwohl er es wohl besser wusste. Am Standort München ballten sich bereits die Spitzenverluste bei der Münchner Rückversicherung, Spitzeneinbrüche der Beschäftigung in der IT-Branche (Siemens) und die Spitzenzusammenbrüche in der Medienwirtschaft (Beispiel Kirch). Solche Erfahrungen sollten eine Partei, die den Wirtschaftsraum regierend formt, zum Nachdenken bringen. Aber nein, anstatt dass die CSU in sich und auf Fehlersuche ginge, schon wieder ein neues Konzept.

Rettung in nur 2 Stufen

Erste Stufe: Das „Akutprogramm für den Sanierungsfall Deutschland“

In genau 40 Einzelpunkten wird geschildert, wie man „die Abwärtsspirale durchbricht“. In der Einleitung heißt es erläuternd:

„Dazu gehören:

- Die *Flexibilisierungsinitiative für Arbeit*
- Das verlässliche *Steuermoratorium*
- Eine Vereinbarung über *Belastungsgrenzen in den Sozialversicherungen*
- Eine *Entlastung für öffentliche Haushalte*
- Die *Stärkung von Vertrauen in Wirtschaft und Unternehmen* und die Ermutigung des Mittelstandes durch De-

regulierung.

Das Akutprogramm wird auf fünf Jahre befristet. Es soll rasch wirksam werden und konzentriert sich daher auf *zentrale Weichenstellungen*, die der Gesetzgeber zügig vornehmen kann, aber auch vornehmen muss, um die Spirale abwärts zu stoppen. Mit dem *Akutprogramm* sorgen wir in kurzer Frist dafür, dass Bürger und Unternehmer wieder *Vertrauen in die Politik* fassen. Für einen Zeitraum von fünf Jahren erhalten Arbeitnehmer, Verbraucher und Unternehmen verlässliche, kalkulierbare Grundlagen. Dieses neue Vertrauen wird dazu führen, dass in Deutschland wieder mehr investiert wird und mehr Arbeitsplätze entstehen. Die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt wird die öffentlichen Kassen entlasten.

Die Geschäftsidee des Akutprogramms ist sehr schlicht. Alle gesellschaftlichen

www.csu.de

Sanierungsplan für Deutschland

Wege aus der Krise
Wege an die Spitze

Beschluss des Parteivorstands vom 22. März 2003.

www.csu.de

Faktoren werden als Kosten des Kapitals aufgestellt. Ob das nun die Arbeitskraft ist, oder die Kosten für den Unterhalt des Staates, oder die Kosten für den Ausgleich zwischen Beschäftigten und wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter nicht Beschäftigten, ob es die Leistungen der Öffentlichkeit für die Daseinsvorsorge sind, alles wird gesenkt, begrenzt, dereguliert.

Wenn dieses Programm Wirklichkeit würde, könnte sich herausstellen, dass all diese Kostenfaktoren gleichzeitig Daseinsbedingungen des Kapitals und Voraussetzung seiner Rendite sind. Dann folgte aus dem Stoiberschen Kostenentlastungsprogramm vor allem ein weiterer Rückgang der Konjunktur.

Zweite Stufe:

Das „Umbauprogramm für die Sanierungsfall Deutschland“

Beim Umbauprogramm geht es im Kern um eine grundlegende Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen Lohnarbeit und Kapital:

„Es muss sich auf folgende Ziele konzentrieren:

Eine *Arbeitsmarktreform*, die legale Arbeit zu wettbewerbsfähigen Preisen fördert.

Eine gesetzliche Regelung des *Arbeitskampfrechts*, die wieder ein Gleichgewicht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern bei Tarifverhandlungen schafft.

Eine *Sozialversicherungsreform*, die gerechte und generationenübergreifende Sicherheit gegen die elementaren Lebensrisiken gewährleistet und die Lohnnebenkosten zuverlässig begrenzt.

Beim Umbau des Sozialstaates werden in besonderer Weise die Erziehungsleistung der *Familien* und die *Schwächeren* in unserer Gesellschaft wie Menschen mit Behinderung und Pflegebedürftige berücksichtigt.

Eine *Steuerreform*, die Leistung und Wohlstand mehrt und zu international adäquaten Belastungen führt.

Eine *Reform von Staat und Staatsausgaben*, die Bund und Länder handlungsfähiger macht und so auch die Staatsquote senkt. Dazu gehört auch, dass der deutsche Beitrag an die EU dem relativen Wohlstand Deutschlands entspricht.

Eine *nachhaltige Umweltpolitik*, die in Einklang steht mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

Zu unserem Sanierungsplan für Deutschland gibt es keine Alternative. Je später der Neuanfang erfolgt, desto schwerer werden die Wohlstandsverluste sein. Daher bieten wir der Bundesregierung an, mit uns den *Sanierungsplan für Deutschland* sofort zu vereinbaren.

Auf den ersten Blick scheint es, als suche die CSU den frontalen Zusammenstoß mit den Gewerkschaften. Dafür spricht die Forderung nach neuen Arbeitskampfgesetzen. Andererseits enthält die Konzeption auch Angebote. Wahrscheinlich entwickelt die CSU ein gesellschaftliches Konzept, das die Folgen der Krise auf einen durchaus großen, aber eben auf einen Randbereich einzugrenzen versucht. Da könnte man bei einer Vielzahl von Gelegenheiten mit den Gewerkschaften ins Gespräch kommen, denn die haben einen großen Teil ihrer Mitgliedschaft im bei stetiger Beschäftigung mittel bis gut verdienendem Entlohnungsbereich. So hätte die Sache auch dann einen Sinn, wenn Stoiber und die CSU nicht zum Regieren kommen. Man könnte die Front der Gewerkschaften aufreißen. maf

Spanien: Batasuna verboten

Am 17. März hat der Oberste Gerichtshof in Madrid auf Betreiben der spanischen Regierung die baskische Partei Batasuna (Einheit) verboten. Betroffen ist auch die Vorgängerin Herri Batasuna (HB/Volkseinheit) und das Wahlbündnis Euskal Herritarrok. Begründet wird das Verbot mit Verbindungen zu ETA, die weniger in Handlungen von Batasuna als vielmehr in Unterlassungen bestehen sollen: Batasuna habe die ETA-Anschläge nicht ausdrücklich verurteilt, sie lediglich bedauert als Ausdruck eines politischen Konfliktes, der durch Dialog gelöst werden müsse. Tatsächlich kann seit 25 Jahren kein Beweis für eine Verbindung zwischen den genannten Parteien und ETA erbracht werden. Im Baskenland löste das Verbot große Bestürzung aus. Für die konservative Baskisch Nationalistische Partei ist „ein elementares Recht, die Organisationsfreiheit, gestürzt worden“. Die Solidaritätspartei (EA) beklagt das Urteil, das die Lösung des Konflikts in noch weitere Ferne rücke und bis zu 20% der Wähler zu Waisen mache. Die größte Gewerkschaft ELA bedauert, dass sich die Gewaltenteilung im Fall der Basken verflüchtigt habe. Das Urteil sei der „Höhepunkt einer peinlichen institutionellen Vermischung“, in der nicht einmal der „äußere Schein gewahrt wird“. Die Verteidigung hat angekündigt, vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu ziehen. Bild: Am 13.3. fand im Baskenland ein Generalstreik für die baskische Sprache statt. Anlass war die Schließung der baskisch-sprachigen Tageszeitung „Egunkaria“. Bei der Erstürmung durch die Guardia Civil waren Redakteure festgenommen und einige von ihnen während der Kontaktsperre nach der Verhaftung gefoltert worden.

Quelle: Ralf Streck, Angehörigen Info

Spanische Regierung unter Druck

Die spanische Regierung gerät aufgrund ihrer bedingungslosen Unterstützung des Kriegs gegen den Irak schwer unter Druck. Wenige Stunden nach Kriegsbeginn versammelten sich 60.000 Menschen in Madrid und forderten den Rücktritt Aznars. Der berühmt-berüchtigte Ermittlungsrichter Garzón will Aznar vor den internationalen Gerichtshof bringen. Vertreter der Vereinten Linken IU haben den Regierungschef angezeigt und fordern alle auf, sich ihrer Initiative anzuschließen, um den „Absolutisten“ zu stoppen. Die Grünen in Katalonien sind nachgezogen und haben außerdem auch Außenministerin Ana Palacio angezeigt. Der baskische Regierungschef Ibarretxe hat mit einem Brief an UN-Generalse-



ekretär Kofi Annan klargestellt, dass Aznar nicht die Basken vertrete. Man treten gegen die „Kultur des Krieges“, der ein „Scheitern der Menschlichkeit“ markiere, für den Frieden ein. „Wir sehen uns in keiner Form vom José Maria Aznar vertreten“, heißt es in dem Brief, „der eine militärische Aktion gegen das irakische Volk vorantreibt, ohne Autorisation durch den Sicherheitsrat der UNO, gegen die öffentliche Meinung und gegen das Europaparlament.“ Die Schwesterpartei in Navarra, die UPN, zog am Donnerstag mit der gesamten Opposition vor das Parlament, um gegen den Krieg zu protestieren. Da auch kleine Koalitionsparteien wie die UA erwägen, aus der Fraktion der Volkspartei im Parlament auszusteigen, könnte Aznar die absolute Mehrheit verlieren. Dann droht ihm womöglich ein Misstrauensantrag. Die Vorstände der Gewerkschaften CCOO und UGT entscheiden in dieser Woche über einen Generalstreik gegen den Krieg.

(Quelle: Ralf Streck, 21.3.)

Tschechien: Widersprüchliche Erklärungen der Regierung

Auch in Tschechien fanden nach Beginn des Krieges, wenn auch noch kleine, Antikriegsdemonstrationen mit bis zu 1000 Teilnehmern statt. Die Regierung gab widersprüchliche Erklärungen ab. Premierminister Spidla verkündete am Donnerstag nach einem Treffen des Staatlichen Sicherheitsrates: Nein, Tschechien ist kein Mitglied der im Irak kriegführenden Koalition. Darauf angesprochen, dass gerade die USA jedoch Tschechien als ihren Verbündeten im Feldzug bezeichnet hatten, meinte Spidla, dies sei allein Sache der US-Diplomatie. Das tschechische Parlament hatte beschlossen, dass die in Kuwait stationierten Soldaten der tschechisch-slowakischen ABC-Einheit nur dann zum Einsatz kommen, wenn der Irak Massenvernichtungswaffen anwendet bzw. der Verdacht ihrer Anwendung besteht. Im Unterschied zum Premierminister hatte dagegen Außenminister Svoboda tags zuvor gegenüber BBC erklärt, Tschechien gehöre sehr wohl zur von den USA angeführten Staatenkoalition. Die Kommunistische Partei forderte daraufhin seine Abberufung. (Quelle: Radio Prag)

Zusammenstellung: scc

FRANKFURT/MAIN. Am 21. März kamen mehrere Zehntausend Kurden aus ganz Deutschland und angrenzenden Ländern zusammen und nutzten ihre Newrozfeier zu einer machtvollen Demonstration für ein freies Kurdistan und ein Ende des Krieges. Die Kurden protestierten auch gegen den Einmarsch türkischer Truppen in den Nordirak und machten auf die kritische Lage der Kurden im Grenzgebiet aufmerksam. Das Ordnungsamt hatte die Demonstration verboten und war vom Verwaltungsgericht Frankfurt bestätigt worden. Der Verwaltungsgerichtshof in Kassel vertrat jedoch nicht die Auffassung der Vorinstanz, dass es sich bei den Organisatoren der Demonstration um eine Ersatzorganisation der in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) handele. Vom Bundesinnenministerium gebe es keine entsprechende Feststellung. Deswegen könne die Demonstration nicht verboten werden. Auch in einigen anderen deutschen Städten fanden Veranstaltungen und Newroz-Aktionen statt. Im kurdischen Diyarbakir beteiligten sich etwa 500.000 Menschen an der Newrozfeier auf dem Messegelände außerhalb der Stadt. Parallel zur Newroz-Demonstration demonstrierten auf dem Frankfurter Römerberg 8.000 bis 10.000 Menschen gegen den Irak-Krieg. www.info.partisan.net



Proteste gegen Abschiebehaft in Berlin-Köpenick

BERLIN. Die Protestaktionen der Gefangenen im Abschiebegefängnis reißen nicht ab. Nach dem Ende des im Januar begonnen kollektiven Hungerstreiks haben einzelne Gefangene immer wieder mit Hunger- und Durdstreiks gegen ihre Inhaftierung protestiert. Parallel dazu gab es bis heute 17 Selbstverletzungen und 26 Selbsttötungsversuche durch Erhängen. Aufgrund der Proteste der Gefangenen wurden kleinere Zugeständnisse gemacht, die ohnehin geplant waren und nur verschleppt worden waren. Die Entfernung der Innengitter, die Entfernung der Trennscheiben in den BesucherInnenräumen und die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten wurden bis heute trotzdem nur ansatzweise umgesetzt. Der Umgang mit Gefangenen, die sich selbst verletzt haben oder versuchten, sich zu töten, ist rigider denn je. Bisher kamen die Gefangenen nach Selbstverletzungen und Selbsttötungsversuchen in ein allgemeines Krankenhaus und wurden anschließend aufgrund ihrer Haftunfähigkeit entlassen. Seit dem 24. Februar kommen Verletzte direkt ins Haftkrankenhaus der Justizvollzugsanstalt Moabit und anschließend zurück in die Abschiebehaft. Die Menschen werden in genau die ausweglose Lebenssituation zurückgebracht, die sie zu den Verzweiflungstaten getrieben hat. Eine wesentliche, über die Haftpraxis hinauszielende Forderung der Protestierenden, blieb gänzlich unbeantwortet: das Problem der langen Haftzeiten.

Dieser Forderung wollen verschiedene Initiativen den notwendigen Nachdruck verleihen. Im Anschluss an eine öffentliche Pressekonferenz am 27. März 2003 vor dem Gebäude der Ausländerbehörde in der Nöldnerstraße sollen laut Aufruf „die SchreibtischtäterInnen mit den For-

derungen der Abschiebehäftlinge konfrontiert werden.“ www.berlinet.de/ari

Veranstaltungen am 18. März – Tag des politischen Gefangenen

RATHENOW. Mit zahlreichen Aktionen und einer Veranstaltung wurde in Rathenow der Tag des politischen Gefangenen begangen. So wurde z.B. ein Transparent mit der Aufschrift „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ in den frühen Morgenstunden des 18.03.2003 an einer Eisenbahnbrücke über die B 188 in Rathenow plakativ angehängt.

Bereits am vergangenen Samstag, dem 15. März 2003, wurde eine Solidaritätsdisco für die Anwaltskosten eines politisch verfolgten Flüchtlings im örtlichen AJZ durchgeführt. Ungefähr 150 Leute waren gekommen um solidarisch zu den Freestyle Acts von „Kombinat“, „KQ14“, „Lizard“, „D.K.“, „FALC-O“ und „MC Baron Springinsfeld“ zu rocken. Dabei wurden 100 Euro für die Anwaltskosten gespendet, die dem Flüchtling zu Gute kommen werden.

In Rathenow gibt es Aktionen zum Tag des politischen Gefangenen jährlich. Die Rote Hilfe e.V. ruft seit 1996 zu Aktivitäten an diesem Tag auf, der an die Märzgefallenen der 1848er Revolution in Deutschland sowie an die Ausrufung der Pariser Kommune 1871 in Frankreich erinnert und den politisch Verfolgten und Gefangenen weltweit gewidmet ist.

Rote Hilfe Rathenow, www.infortot.de

Bundestag schließt sich GATS-Kritik an – Aktionstage von Attac

BERLIN. Der Bundestag hat am Donnerstag, 13. März 2003, mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen einen Antrag verabschiedet, der mehr Transparenz für die Verhandlungen über das Allgemeine Dienstleistungsabkommen GATS fordert

und scharfe Kritik am Vorgehen der EU-Kommission übt. „Das ist ein großer Erfolg für die Kritikerinnen und Kritiker des GATS und eine deutliche Ohrfeige für die Geheimhaltungspolitik von Bundesregierung und Europäischer Kommission“, kommentiert Thomas Fritz, Koordinator der Anti-GATS-Kampagne von Attac, die Entscheidung. In weiten Teilen schließen sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit ihrem Antrag der Attac-Kritik am GATS an: Sie bemängeln, dass die Verhandlungen unter Ausschluss von Öffentlichkeit und Parlamenten geführt werden, dass das GATS die Demokratie aushöhlt und die Vereinbarungen unumkehrbar sind. Das Parlament sieht „schwerwiegende Bedenken“, weil Sozial- und Umweltstandards sowie das öffentlich finanzierte Bildungs- und Gesundheitswesen durch das GATS bedroht seien. Der von der EU gesetzte Zeitrahmen sei viel zu kurz, um angemessen reagieren zu können. „Auch der Bundestag hat jetzt erkannt: Die WTO greift ‚unehmend tief in die Innenpolitik der Nationen ein‘ und berührt dabei ‚sensible Bereiche wie...Kultur, audiovisuelle Dienstleistungen, alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge‘“, so Thomas Fritz. „Diese Kritik stellt die WTO völlig zu Recht in Frage.“

Bei ihren Forderungen bleibt die Koalition jedoch halbherzig, so Fritz. „Aus der zutreffenden Kritik folgt nicht die einzige logische Konsequenz: Ein Stopp der Verhandlungen.“ Für dieses Ziel setzte sich Attac zusammen mit anderen GATS-kritischen Organisationen vom 13. bis 15. März mit öffentlichen Aktionen in mehr als 50 deutschen Städten ein. Kritik übt Attac auch daran, dass der Antrag wenig über die Konsequenzen des GATS für die Entwicklungsländer sagt,

Stoppt GATS!

www.attac.de/gats

wo ExpertInnen besonders gravierende Auswirkungen erwarten. „Für Europa lehnt der Bundestag die Privatisierung von Trinkwasser ab, für die Entwicklungsländer hingegen nicht – das ist scheinheilig“, kritisiert Thomas Fritz.

www.attac.de

1200 Euro Strafe für NPD-Redner

SONDERSHAUSEN. Das Amtsgericht Sondershausen hat am 19. März 2003 den 45-jährigen Gerhard I., der als NPD-Funktionär gilt, wegen Verunglimpfung des Staates verurteilt. Unter Vorsitz von Richter Christian Kropp sprach man I. schuldig, die Bundesregierung in der Rede bei der Demo von Rechtsextremen am 24. August 2002 in Sondershausen beschimpft zu haben. I., der mit Gleichgesinnten im Gericht auflief, soll 1200 Euro Strafe zahlen. Der aus Bayern stammende I. war laut Gericht beim NPD-Aufmarsch letzten Sommer als offizieller Redner aufgetreten. Dabei bezeichnete er die Bundesregierung als rot-grüne Chaosregierung und unterstellte ihr unter anderem Schwarzgeldgaunereien und Korruption. Vor Gericht berief er sich auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit und forderte seinen Freispruch. Für Amtsrichter Christian Kropp war mit den Äußerungen der Straftatbestand der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole erfüllt. Der Verurteilte kündigte noch im Gerichtssaal Berufung an.

Schüler der Zivildienstschule, Mitglieder des Bündnisses gegen Rechts und Anhänger des Angeklagten hatten alle Plätze im Gerichtssaal besetzt. Derweil sicherten je ein Zug Bereitschaftspolizei aus Nordhausen und Erfurt sowie 15 Sondershäuser Polizisten das Gericht, da rechte Demonstrationen angekündigt waren. *Thüringer Zeitung*, 20. März 2003

Demonstration gegen Rep-Parteitag

BAD HOMBURG. Fast 150 Menschen protestierten am Samstagmorgen (22.3.03) gegen den Parteitag der rechtsextremen Republikaner in Bad Homburg/Ober Erlenbach. Aufgerufen zu dem Protest hatten die antifa hg sowie der Ausländerbeirat Bad Homburg, die SPD und der DGB. Während der Protestveranstaltung ging die Polizei mit Gewalt gegen AntifaschistInnen vor, die versuchten den Parteitag zu blockieren. Ein Teilnehmer der Protestveranstaltung wurde kurzzeitig festgenommen, ihm wurde vorgeworfen einem Rechtsextremen ein Ei an den Kopf geworfen zu haben. Nach dem auch der letzte der insgesamt knapp 40 „Republikaner“ in der Erlenbachhalle verschwunden war, formierte sich ein spontaner Protestzug mit ungefähr 80 Teilnehmern, um auf den staatlichen Rassismus und Nationalismus aufmerksam zu machen. Insgesamt wertete die antifaschistische Gruppe den Protest trotz der relativ kurzen Mobilisierungszeit als erfolgreich.

www.antifa-hg.org



Zum Ärger mancher Schulaufsichtsbeamten und begleitet von Sympathie breiter Bevölkerungsteile sind die SchülerInnen der aktivste Teil der Bewegung gegen den Irak-Krieg. Nicht nur in großen Städten sind sie aktiv, sondern auch in zahlreichen kleinen Orten. Da sie die Unterstützung vieler LehrerInnen haben, können sie jetzt schon mehrere Tage hintereinander große Proteste organisieren. Sie haben sich inzwischen einige Internetseiten geschaffen, um sich zu vernetzen. Inhaltliche Diskussionen und Konferenzen werden vorbereitet, um in der Auseinandersetzung standzuhalten.



Studierende sind derzeit nicht die treibende Kraft in der Antikriegsbewegung. Liegt das an den Semesterferien oder den Studienanforderungen? Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs), die GEW, der Bund demokratischer Wissenschaftler, die NaturwissenschaftlerInneninitiative und die IPPNW haben eine Kampagne „Hochschule gegen Krieg – Wissenschaft für den Frieden“ beschlossen. Die Aktionsberatung dazu findet am 5. April, 11–18 Uhr, im Gewerkschaftshaus Kassel statt.



Hunderttausende Beschäftigte haben sich am 14. März 2003 in Deutschland an der Gewerkschaftsaktion *Zehn Mahnminuten gegen den drohenden Krieg* beteiligt. 10 Tage später verurteilten TRANSNET und die türkische Gewerkschaft DEMIRYOLIS den Irak-Krieg und rufen die Kriegsparteien auf, ihre Handlungen umgehend einzustellen. Die türkische Regierung wird aufgefordert, sich nicht an den Kämpfen zu beteiligen.

Prignitzer Appell (Dez. 2002)
www.prignitzer-appell.de

Der „Prignitzer Appell“ an Bundeskanzler Schröder wurde Ende 2002 von Ratsmitgliedern aus der Stadt Perleburg initiiert. Ursprünglich als Stellungnahme ostdeutscher Kommunalpolitiker gedacht, wurde er bis zum 21. März 2003 von 40.588 Menschen unterschrieben, darunter 2001 kommunale Mandatsträger/innen. Wörtlich heißt es im „Prignitzer Appell“:

„Im öffentlichen Verständnis sind kommunale Abgeordnete für die Probleme vor Ort zuständig – in den Gemeinden,

Städten oder Kreisen – und die Bundesregierung für das „große Ganze“, wozu auch die Außenpolitik gehört. In den letzten Jahren haben wir jedoch immer mehr die Erfahrung gemacht, dass diese Arbeitsteilung so nicht stimmt, dass Entscheidungen, die oben getroffen werden, in vielfacher Hinsicht kommunale Belange direkt berühren ... Wir kommunalen Abgeordneten haben uns jetzt vorgenommen, uns nunmehr auch in das ‚große Ganze‘, auch in die Außenpolitik, einzumischen und uns dafür das Motto Ihres namhaften sozialdemokratischen Vorgängers im Amt, Willy Brandt, zu eigen gemacht: ‚Frieden ist nicht alles.

Aber ohne Frieden ist alles nichts.‘ “ Von der Bundesregierung werden aber auch konkrete Schritte verlangt:

- Überflugrechte für kriegerische oder kriegsunterstützende Missionen verweigern!
- Keine Nutzung amerikanischer oder britischer Militärbasen für einen Krieg zulassen!
- Deutsche Einheiten sofort aus der Krisenregion abziehen!
- Unterstützende Handlungen durch deutsche Streitkräfte (z. B. Bewachung US-amerikanischer Militäreinrichtungen, AWACS-Einsätze) sofort einstellen!

Städte für den Frieden (Dez. 2002)
www.gruene-partei.de

Angesichts der wachsenden Kriegsgefahr stellt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den StadträtInnen und BürgermeisterInnen einen Resolutions-Vordruck zur Verfügung, wenn sie sich an der in den USA begonnenen Aktion „Cities for Peace“ – Städte für den Frieden – beteiligen wollen. Nachfolgend der Text einer Resolution, die das Berliner Abgeordnetenhaus am Donnerstag, 20.02.2003 beschlossen hat. Wir haben ihn so bearbeitet, dass lediglich der jeweilige Ortsname eingetragen werden muss. Die gemeinsame Resolution der Fraktionen von SPD, PDS und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN resultiert aus einer Initiative der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Angesichts der wachsenden Kriegsgefahr für die Golfregion, die Tausende von Menschen, insbesondere die Zivilbevölkerung bedroht, vor dem Hintergrund der eindrucksvollen Demonstrationen, mit denen Millionen von Menschen in aller Welt und allein in Berlin mehrere Hunderttausende ihrer ernststen Sorge um den Frieden Ausdruck verliehen haben, in Erwägung der Risiken, die ein solcher

Krieg für die Regionen des Nahen Ostens und insbesondere Israel birgt, in Sorge, dass ein militärisches Vorgehen gegen den Irak den internationalen Bemühungen der Bekämpfung von Terrorismus schadet, bedenkend, dass ein Ausgleich wirtschaftlicher Ungleichheiten, die Zusammenarbeit bei der Entwicklung der ärmsten Länder und die Förderung des gegenseitigen Verständnisses und der Toleranz langfristig die notwendigen Mittel sind, Terrorismus den Boden zu entziehen und demokratischen Wandel zu befördern, in Bekräftigung der Prinzipien des Völkerrechts, deren Einhaltung für eine friedliche Lösung zwischenstaatlicher Konflikte alternativlos ist, unbeschadet der Bedeutung, die wir gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte, der deutsch-amerikanischen Freundschaft, der besonderen Beziehungen zum Staat Israel und der europäischen Integration beimesen, unterstützt der Stadtrat von ... mit dieser Resolution die Appelle von weltweit mehr als 100, insbesondere US-amerikanischer Städten, die sich der Initiative „Cities for Peace“ angeschlossen haben und teilt deren Ablehnung eines völker-

rechtswidrigen Präventivschlags, begrüßt der Stadtrat von ... den Appell Europäischer Bürgermeister gegen einen Krieg im Irak, der von den Stadthauptern von Rom, London, Paris, Brüssel, Wien und Berlin getragen wird, ruft der Stadtrat die Regierung des Irak auf, umgehend die Konsequenzen aus den UN-Resolutionen zu ziehen und umfassend und vorbehaltlos mit den UN-Inspektoren zu kooperieren, appelliert der Stadtrat von ... an die Regierungen der Welt, sich für eine friedliche Umsetzung der UN-Resolutionen einzusetzen, den UN-Inspektoren die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen und ihnen ausreichend Zeit einzuräumen, um das richtige und wichtige Ziel der Entwaffnung des Regimes Saddams Husseins zu erreichen, erinnert der Stadtrat von ... daran, dass militärische Gewalt nach internationalem Recht einer Sanktionierung durch den UN-Sicherheitsrat bedarf, lädt der Stadtrat von ... die Stadtparlamente der Partnerstädte von ... ein, ihre Kontakte im Sinne des Friedens weiter zu vertiefen und gemeinsam oder in jeweils eigenen Erklärungen der Sorge ihrer Bevölkerung um den Erhalt des Friedens Ausdruck zu verleihen.“

Deutsche Städte mit den „cities for peace“ solidarisch! – www.dfg-vk.de

Die Städte und Gemeinde in Deutschland ruft die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG-VK) auf, sich der Initiative „cities for peace“ (Städte für den Frieden) von über 130 amerikanischen Städten anzuschließen. Dies sei eine große Möglichkeit, auch als Kommune deutlich gegen einen Angriff auf den Irak Stellung zu nehmen und gleichzeitig die Verbundenheit mit Amerika auszudrücken, begründet Robert Hülsbusch, Bundessprecher der DFG-VK, in einer Pressemitteilung diesen Aufruf. Die DFG-VK bietet auf ihrer Internetseite (www.dfg-vk.de) einen Musterantrag an den Stadt- oder Gemeinderat. Jeder könne diesen, ein wenig verändert, an den örtlichen Bürgermeister schicken. Angehängt ist auch

das Schreiben, dass die amerikanischen Städte an den US-Präsidenten Bush geschickt haben.

Die US-amerikanischen Städte von Atlanta über Chicago bis Woodstock sowie weitere Städte in aller Welt, australische, japanische, irische, kanadische, belgische und britische Städte verabschiedeten in den letzten Wochen eine Resolution, mit der sie sich für eine friedliche Lösung des Irak-Konflikts einsetzen. Auch in Deutschland beteiligten sich – nach Auskunft der DFG-VK – die ersten Städte an der Kampagne, darunter München, Berlin, Fellbach und Zirndorf. Mit einem Schreiben wenden sich die „Städte für den Frieden“ an US-Präsident Bush. Darin lehnen sie einen Krieg gegen den Irak ab (www.ips-dc.org/citiesforpeace). In dem Schreiben heißt es sinngemäß, dass dieser Krieges gegen interna-

tionales Recht verstoße und die USA isolieren werde. Der Krieg würde, so die amerikanischen Städte in ihrem Schreiben, die Situation im Mittleren Osten destabilisieren und regionale Kriege fördern.

Gerade auch die Kommunen seien, so DFG-VK-Bundessprecher Robert Hülsbusch, von den Auswirkungen eines Krieges in der Golfregion betroffen. Hülsbusch: „Neue Flüchtlinge müssten aufgenommen werden, die wirtschaftlichen Kosten des Krieges und eine wirtschaftliche Rezession würden auch die Städte und Gemeinde treffen. Neue Gefahren durch eine Verschärfung der terroristischen Bedrohung werden auch vor Menschen aus Deutschland – im Urlaub, auf Reisen, bei Besuchen von großen Städten – nicht halt machen.“

Auch in der BRD:

Städte in Bewegung

Neben den unübersehbaren großen Demonstrationen hat sich in den Stadt- und Gemeinderäten der BRD eine kritische Auseinandersetzung mit der Kriegspolitik entwickelt, die zu einer Vielzahl von Resolutionen geführt hat (wir berichteten mehrfach). Derartige Beschlüsse sind nach den Gemeindeordnungen der Länder nicht vorgesehen. Die Zuständigkeit, in Deutschland ein mächtiger Begriff, ist nicht gegeben. Dass Diskussionen und Beschlussfassungen gleichwohl möglich waren, hängt auch mit der Positionierung der Parteien und der Kirchen zusammen. Wir stellen vier impulsgebende Dokumente vor.

Auf Seite 11: Den „Prignitzer Appell“, der eine Unterschriftensammlung einleitet und vor allem in Ostdeutschland Kreise zieht. Einen Musterbeschluss der Grünen, der sich auf die Städtebewegung in den USA bezieht und neben der Kritik an der Kriegsdrohung auch gegen das irakische Regime gewendet ist. Einen Aufruf der DFG/VFK zu kommunalen Beschlussfassungen. Auf Seite 13 dann noch, eingebettet in den Beschluss des Osnabrücker Stadtrates eine Erklärung der EKD.

Die Beschlüsse in den Stadt- und Gemeinderäten der BRD waren, anders als in den USA und England nicht eine Absage an die Politik der eigenen Regierung, sondern unterstützen diese. Es ist sehr wahrscheinlich, dass nur in dieser sehr speziellen Konstellation die hohe Hürde der Unzuständigkeit und Unzulässigkeit überstiegen werden konnte. Das ist bei weitem nicht überall gelungen. Wir dokumentieren beispielhaft Nachrichten aus Göttingen und Plauen (S.13). In Göttingen hat die SPD zusammen mit der CDU sämtliche Anträge abgeschmettert, offenbar weil einiges über die bloße Unterstützung der Regierungspolitik hinausgegangen wäre. Dabei hat sich die SPD allerdings hinter der Gemeindeordnung verschantzt; in offener Abstimmung hätte sie sich Anträgen, die von den Grünen und der PDS ausgingen, vielleicht nicht verschließen können. Einen ähnlichen Weg nahm die Auseinandersetzung in Plauen. In der Berichterstattung wird deutlich, dass Kommunalpolitiker auch der CDU für nötig halten zu beteuern, dass man inhaltlich gegen die Erklärung nichts einzuwenden habe.

Das Hindernis „Gemeindeordnung“, die, um es einmal ganz deutlich zu sagen, eine politische Willensbildung zu solchen Fragen in keinem Bundesland vorsieht, kann überwunden werden, wenn „Einvernehmen“ der im Rat vertretenen Kräfte besteht, dass man sich äußern müsse.

Einvernehmen in diesem Sinne ent-

www.pds-goettingen.de – Göttinger SPD fällt Schröder in den Rücken und verweigert Friedenserklärung

In der Ratssitzung am 7.0. setzten SPD und CDU einen Beschluss auf Nichtbefassung bei gleich drei Ratsanträgen durch. Alle drei Anträge befassten sich mit der Ablehnung eines Irak-Krieges und einer darüber hinaus mit der Aufnahme von Deserteuren nach dem „Baseler Appell“. Damit wurde den kleineren Fraktionen (hier B'90/GRÜ und PDS) der Einfluss auf die Beratungen des Rates beschnitten.

Ein solch undemokratisches Verhalten zeigt nur die Argumentationsschwäche der größeren Fraktionen auf und weckt negative Erinnerungen an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte!

Darüber hinaus scheint die Göttinger SPD beschlossen zu haben, lieber mit der Merkel-CDU gegen eine Friedenserklärung zu stimmen als dem Bundeskanzler für sein diplomatisches Bemühen bei der UN, den Irak-Krieg noch zu verhindern, den Rücken zu stärken.

Die PDS selber kritisiert die Doppelzüngigkeit der Bundesregierung: Einerseits diplomatisch den Krieg verhindern zu wollen, ihn aber andererseits gleichzeitig aktiv zu unterstützen (AWACS-Flugzeuge und die Visa-Verweigerung für Deserteure z.B.). Dass uns die Aktivitäten des Kanzlers in Sachen Frieden nicht ausreichen und heuchlerisch vorkommen, kann niemand überraschend finden.

Dass die Göttinger SPD aber das Wenige schon nicht mehr unterstützen will, ist bemerkenswert und widerspricht der Solidaritätserklärung des Rates für die Ziele und Forderungen von attac-Deutschland.

Dabei wurde zusätzlich die Chance vertan, dass Göttingen sich als zweite

deutsche Kommune (nach München) der Initiative „cities for peace“ des Instituts für Politische Studien (IPS) in Washington/D.C. anschließen.

Diese Erklärung haben bis zum 5. März 133 Städte und Landkreise (counties) der USA sowie die beiden Bundesstaaten Maine und Hawaii verabschiedet.

Nicht zuletzt erinnern wir an die zahlreichen Initiativen vieler Kommunen, die u.a. gerade von der PDS initiiert wurden, in denen sich Städte, Gemeinden und KommunalpolitikerInnen eindeutig gegen einen Krieg aussprechen. Genannt sei hier der „Prignitzer Appell“ und Beschlüsse in Mörfelden-Walldorf und unzähligen anderen deutschen (und europäischen) Kommunen.

Der Rat der Stadt solle sich nach Wünschen der SPD lieber mit „wichtigen“ Dingen befassen, die in der Zuständigkeit der Kommunen liegen. So z.B. mit den Büchern in den Schulbibliotheken (SPD-Antrag).

Kriegs- und Rüstungsausgaben wirken sich direkt auf die Kommunalfinanzen aus. Davon wollen die CDU und SPD in Göttingen aber nichts wissen.

„Die große Entfernung der beiden großen Parteien (SPD und CDU) zu den USA kann sich nicht besser dokumentieren als durch die Weigerung, sich der Erklärung der US-amerikanischen Kommunen anzuschließen.“, erklärte Patrick Humke, der Vorsitzende der PDS-Ratsfraktion.

„Außerdem zeigt sich bei diesen Parteien ein eklatantes Desinteresse an Demokratie, wenn Diskussionen durch Geschäftsordnungsanträge verhindert werden und die Mehrheit gegenüber einer Minderheit diktatorisch verfährt.“, so führt er weiter aus. •

Plauen: Stadtrat bringt Resolution nicht zu Stande. Anti-Kriegs-Papier unter Tumult von Tagesordnung abgesetzt – CDU: Parlament nicht zuständig – www.freiepresse.de

Im Plauener Stadtrat kam am 20.3.03 keine gemeinsame Resolution gegen den Irak-Krieg zu Stande. Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer (FDP) zog den ursprünglich auf der Tagesordnung stehenden Punkt zurück, sich der Aktion „Cities for Peace“ (Städte für den Frieden) anzuschließen. Heftige Reaktionen waren die Folge.

Nach der sächsischen Gemeindeordnung überschreite der Stadtrat seine Zuständigkeit, wenn er sich mit dem Thema befasse, erklärte Oberdorfer. Er selbst könne sich mit der Resolution identifizieren und habe sie „im Einvernehmen mit meinem Innersten auf die Tagesordnung gesetzt“, erklärte Oberdorfer. Die Behandlung im Stadtrat sei jedoch nur möglich, wenn sich „Einvernehmen erzielen lässt“. Das sei nach der Intervention einer Fraktion nicht der Fall. Die Resolution wurde zum Unterzeichnen durch einzelne Stadträte vor dem Sit-

zungssaal ausgelegt.

Unter Hinweis auf die Gemeindeordnung hatte die CDU-Fraktion den OB schriftlich aufgefordert, die Resolution von der Tagesordnung zu nehmen. Andernfalls nehme sie an dem Punkt weder beratend noch beschließend teil. Fraktionschef Hansjoachim Weiß hielt zugleich fest: „Gegen den Inhalt der vorliegenden Resolution hat die CDU-Fraktion keine Einwände.“

Zuschauer reagierten mit empörten Zwischenrufen auf das Geplänkel. Der OB mahnte zur Mäßigung. Mitglieder der Attac-Gruppe Plauen entrollten ein Anti-Kriegs-Transparent. Thomas Thiele von Attac rief lautstark: „Wie Sie sich hinter Gesetzen verschanzen, ist eine Schande für die Stadt.“

Weitere Worte gingen im Tumult unter. Oberdorfer drohte mit Unterbrechung der Sitzung: „Ein solcher Tag zehrt an den Nerven.“ •

steht, weil Ratsmitglieder sich von den Bürgerinnen und Bürgern gefordert fühlen, besonders von der Jugend. Zustimmung oder Ablehnung werden als Gewissensfrage gesehen, die in der Öffentlichkeit stehende Personen öffentlich beantworten müssen. Und zweitens: Die Ratmitglieder fühlen sich von sich selbst, als Politikerinnen und Politiker gefordert. Sie halten das Vorgehen der Kriegswilligen nicht für eine politisch akzeptable Form der Konfliktbewältigung.

Beide Momente werden in der Beschlussfassung des Osnabrücker Stadtrates deutlich, der einer Erklärung der Evangelischen Kirche Deutschlands folgt. Hier wie in vielen anderen Beschlüssen wird aber – über solche Erwägungen hinausgehend – auf die weltweiten städtepartnerschaftlichen Beziehungen verwiesen.

Obwohl die Diskussions- und Beschlussstätigkeit der Stadt- und Gemeinderäte im wesentlichen der Politik der Regierung folgt, ist bedeutsam, dass in diesen Gremien solche Fragen überhaupt diskutiert werden. Das läßt die Tendenz zu einer Machtverschiebung im Institutionengefüge. Die Stadt- und Gemeinderäte fühlen sich zur Beurteilung solcher Fragen genötigt, befähigt und folglich auch berechtigt.

Genötigt, weil der Charakter des Angriffskrieges zur Durchsetzung der Hegemonie der Westmächte das mitbürgerliche Zusammenleben, die interkulturelle Solidarität in den modernen Städten gefährdet. Die Überlebensnotwendigkeit interkultureller Solidarität wird heute vor allem in den Schulen und den Betrieben und den großstädtischen Wohnquartieren sichtbar. Gäbe es nicht die Antikriegsbewegung und gäbe es nicht die Antikriegstendenz in der kommunalen Politik, ginge der Gesellschaft die zivile Perspektive verloren.

Befähigt, weil die Globalisierung der Welt und die damit verbundene Migration einen interkulturellen Diskurs an der Basis der Gesellschaft ausgelöst hat, der das außenpolitische Informationsmonopol der Eliten aufbricht. So wirken auch Reisemöglichkeiten, Telekommunikation und Internet. Weil die Bürgerinnen und Bürger mitreden können und Parteien, Kirchen, Verbänden, Großpresse etc. nicht folgen müssen, kommt es unvermeidlich zu einer Diskussion in den Räten, die die Chance hat, sich von der Hierarchie des Staatswesens und der Parteien zu lösen.

Die Städtebewegung in der BRD ist in der Vorkriegszeit entstanden. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht so klar wie jetzt, dass die Bevölkerung Iraks eine Besatzung durch die Westmächte noch mehr fürchtet als das Regime der Baath-Partei. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg wird zum verbrecherischen Eroberungskrieg. Wenn folgerichtig Aktionen der Kritik zu Verweigerung und zivilem Ungehorsam fortschreiten, ist die Städtebewegung neuerlich gefordert. maf

www.osnabrueck.de – Stadtrat: „Nein zum Krieg gegen den Irak“ – Ratsbeschluss vom 28. Januar 2003

Angesichts der Eskalation der Krise im Irak unterstützt der Rat der Friedensstadt Osnabrück die nachstehende Erklärung der Evangelischen Kirche Deutschlands vom 24. Januar 2003:

„Beim heutigen Sachstand lehnen wir Angriff auf den Irak ab“

„In großer Übereinstimmung mit den anderen christlichen Kirchen in Deutschland und in der Welt lehnen wir beim gegenwärtigen Sachstand aus ethischen wie aus völkerrechtlichen Gründen einen Angriff auf den Irak ab. Wir fordern, dass den Vereinten Nationen alle nach wie vor vorhandenen anderen Möglichkeiten belassen werden, das Ziel der Entwaffnung des Irak zu verwirklichen und damit der Sicherheit und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten zu dienen.

Wir verkennen dabei nicht, dass die Politik Saddam Husseins, vor allem sein – jedenfalls in der Vergangenheit unzweifelhaftes – Bestreben, sich in den Besitz atomarer, chemischer und biologischer Massenvernichtungswaffen zu bringen, und seine Weigerung, die Forderungen der Vereinten Nationen in ihrer Gesamtheit zu erfüllen, die Hauptwurzel des gegenwärtig sich zuspitzenden Konfliktes sind.

Evangelische Friedensethik lässt sich von dem Grundsatz leiten: ‚Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein‘. Jeder Krieg ist ein so großes Übel, dass der Einsatz militärischer Gewalt von der Politik nur im äußersten Notfall erwogen werden darf und auch dann noch unentzinnbar mit Schuld verbunden bleibt. Jeder Krieg bringt Elend über viele Unschuldige und erreicht oft nicht einmal die Ziele, um deretwillen er geführt wird.

Selbst nach den Regeln des Völkerrechts wäre ein Angriff auf den Irak derzeit nicht zu rechtfertigen. Die Charta der Vereinten Nationen verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, ihre Konflikte fried-

lich beizulegen. Auch die zwei eng definierten Ausnahmen von diesem umfassenden Gewaltverbot sind nicht gegeben – weder der Fall des Selbstverteidigungsrechts einzelner Staaten noch ein Beschluss der Vereinten Nationen, nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen militärisch vorzugehen. Erst recht kann ein Krieg allein zum Zwecke des Regimewechsels in einem anderen Staat nicht in Frage kommen, und schon gar nicht die willkürliche Ausweitung des nach dem Völkerrecht äußerst eng begrenzten Begriffes der Prävention.

Ein Angriff auf das Regime Saddam Husseins würde jetzt alle anderen Möglichkeiten der Vereinten Nationen zerschlagen, die Befolgung ihrer Resolutionen zum Irak durchzusetzen – sei es durch diplomatischen Druck, sei es durch die fortgesetzten Inspektionen, sei es durch die Androhung direkten Zwangs. Wer jedoch von der Androhung zur Ausübung militärischer Gewalt übergehen will, schuldet dem Weltsicherheitsrat und der Weltöffentlichkeit den Nachweis, dass sämtliche anderen Versuche, die Resolution der Vereinten Nationen durchzusetzen, endgültig versagt haben. Das Ziel der Sicherheit und Stabilität in der Region droht selbst dann durch einen Krieg außer Reichweite zu geraten.

Vor allem aber: Ziel aller Politik – auch im Irak-Konflikt – muss der gerechte Friede sein, nicht aber die Suche nach einem gerechten Krieg. Für diesen gerechten Frieden beten Christen weltweit.“

Der Rat der Stadt fordert den Deutschen Städtetag zur Unterstützung dieser Resolution auf. Die Partnerstädte Osnabrücks werden aufgefordert, in ihren Ländern darauf hinzuwirken, dass auf der jeweiligen nationalen Ebene vergleichbare Beschlüsse herbeigeführt werden.

www.pds-gera.de – 23.1.2003 – Erklärung des Geraer Stadtrates gegen einen Krieg im Irak

In seiner Sitzung am 23. Januar 2003 stimmte der Geraer Stadtrat nach einer heißen Diskussion mehrheitlich einem Beschluss-Vorschlag der PDS-Fraktion gegen einen Krieg im Irak zu

Betreff: Erklärung des Stadtrates gegen einen Krieg im Irak.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Gera unterstützt den Beschluss 02-0944 „In Opposition to a Declaration of War Against Iraq“ des Stadtrates der Stadt Baltimore (USA) im vollen Umfang.

2. Der Stadtrat der Stadt Gera fordert die Bundesregierung auf, im Sinne dieser Erklärung auf die Regierung der USA einzuwirken und sich des Weiteren, auch nicht mittelbar, an militärischen Operationen der USA gegen den Irak zu beteiligen.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diesen Beschluss dem Stadtrat der Stadt Baltimore und der Bundesregierung der Bundesregierung Deutschland in geeigneter Weise bekanntzumachen.

Erklärung des Stadtvorsitzenden der PDS Gera und des Vorsitzenden der Fraktion der PDS im Geraer Stadtrat:

Die einseitigen militärischen Schritte der USA gegen den Irak verletzen die fundamentalen Grundsätze friedlicher internationaler Konfliktlösungen, das internationale Recht sowie die Charta der Vereinten Nationen.

„Mit dieser Aggression hat sich“, so die beiden PDS-Politiker Wolfgang Heise und Bernd Leithold, „die US-Regierung selbst zum Kriegsverbrecher gemacht.“

Die Bundesregierung steht in der Verantwortung, gegenüber der Regierung

der USA auf eine unverzügliche Beendigung des Krieges zu dringen und sich des Weiteren, auch nicht mittelbar, an militärischen Operationen der USA gegen den Irak zu beteiligen. Dies betrifft nach Auffassung beider Politiker auch die Einstellung der Überflugrechte für US-Truppen in der Bundesrepublik.

www.dkp-mw.de – Mörfelden-Walldorf – Stadtrat ruft zur Beteiligung an Anti-Kriegs-Aktionen auf

Die Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf diskutierte am 11.2.2003 einen Resolutionsantrag der DKP/OL-Fraktion zum drohenden Irak-Krieg. Mit den Stimmen von SPD, Grünen, und DKP/OL wurde nachfolgende Resolution beschlossen.

„Der Tag der Abrechnung naht“, sagt US-Präsident Bush. Weltweit jedoch wächst zurzeit täglich der Protest gegen die Kriegspläne der US-Regierung. Ängste und Besorgnisse sind auch in unserer Stadt zu spüren, auch hier entwickelt sich Widerstand. Wir schließen uns an: Die Stadtverordnetenversammlung erklärt ihr entschiedenes Nein gegen den geplanten Irak-Krieg.

Wir erwarten von der Bundesregierung weiter verstärkte Anstrengungen, um zu einer friedlichen Lösung des Irak-Konflikts im Rahmen der Beratungen der UNO zu kommen.

Kein deutsches „Ja“ zum Krieg im UN-Sicherheitsrat!

Dies bedeutet weder die Unterstüt-

zung der Politik des Regimes von Saddam Hussein im Irak, noch ist es eine anti-amerikanische Haltung: Es ist ein Gebot der Vernunft und der Humanität.

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auf, sich aktiv und sichtbar an den Aktionen der Anti-Kriegs-Bewegung in unserem Land zu beteiligen. „Natürlich sind wir froh, dass auf Antrag der DKP/OL eine Resolution beschlossen wurde.“

Erwähnen muß man trotzdem, dass auf Betreiben der SPD-Fraktion nachfolgende Forderungen gestrichen wurden.

Rückzug deutscher Truppen, Waffensysteme und anderer Logistik aus Kuwait und vom Horn von Afrika! Verweigerung der Nutzung des deutschen Luftraums und aller Militäreinrichtungen in Deutschland für an einem Angriffskrieg gegen den Irak beteiligte US-Truppen! Keinerlei direkte oder indirekte Beteiligung z.B. durch AWACS-Flugzeuge mit deutscher Besatzung am Krieg gegen den Irak!

www.pds-im-roemer.de – 3.3.03 – Antikriegsresolution in Frankfurt/Main verabschiedet – Weitergehender Antrag der PDS vom 19.3.03 in der Schwebe

Bereits am 3. März 2003 verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung (StVV) die folgende Resolution gegen den Krieg im Irak. „Die StVV Frankfurt am Main schließt sich dem Appell ‚Campaign for Peace‘ von mehr als 40 US-Städten, die von der US-Regierung eine Absage an einen Angriff auf den Irak fordern, an. Wir begrüßen, dass die US-Friedensbewegung, die zunehmend im Gleichklang mit US-Städten auftritt, mit ihrer Forderung, das diktatorische und menschenverachtende Regime im Irak nicht mit militärischen Schlägen zu stürzen, an Boden gewinnt. Die Gefahr, dass durch den beabsichtigten Angriff mit einer gewaltigen, luftgestützten Militärmacht eine nicht absehbare Zahl der irakischen Zivilbevölkerung in Tod und Verderben gestürzt und weite Bereiche von Nahost in einen Strudel katastrophaler Umstürze einbezogen werden, ist offensichtlich geworden. Statt dessen müssen alle politischen Mittel, einschließlich einer Verstärkung und zeitlichen Ausweitung der Tätigkeit der UN-Inspektoren eingesetzt werden, um das gegenwärtige irakische Regime zu entwaffnen.“

Die SPD-Fraktion im Römer hat die Notwendigkeit verdeutlicht: „In einer Frage, die über Krieg oder Frieden entscheidet, sollte auch die Stadt Frankfurt

am Main klar Stellung beziehen...Wer heute noch die Auffassung vertritt, Krieg sei die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln, hat aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts nichts gelernt“.

Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung erweist sich als lernfähig, zumal ein Irak-Krieg in vielfältigster Form unsere Stadt nicht unberührt lassen wird. (Antragsteller: Stadtverordneter Heiner Halberstadt, Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne).

Die Verabschiedung erfolgte mit den Stimmen von PDS, SPD, Grünen, FAG und REP gegen die Stimmen von CDU, FDP und ÖkoLinX-ARL. „Es ist erfreulich, dass die Antikriegsresolution über die Parteigrenzen hinweg große Zustimmung gefunden hat“, meint Eberhard Dähne, Stadtverordneter der PDS-Fraktion im Römer.

Am 19. März stellte die PDS einen weiteren Antrag: Keine Zufahrtsrechte zur Rhein-Main-Airbase für die US-amerikanischen Streitkräfte. *Dringlichkeitsantrag der PDS-Fraktion im Römer nach § 17,3 GO*

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, den US-amerikanischen Streitkräften den Transport von Truppen, Kriegsgerät und

Munition über das Frankfurter Stadtgebiet zu untersagen. Dies gilt insbesondere auch für alle Zufahrtswege zur Rhein-Main-Airbase, soweit sie über die Gemarkung der Stadt Frankfurt am Main verlaufen.

2. Der Magistrat wird beauftragt, seinen Einfluss bei der Bundesregierung geltend zu machen, dass diese den US-amerikanischen Streitkräften die Nutzung der Rhein-Main-Airbase als Ausgangspunkt kriegerischer Handlungen oder zu deren logistischer Vorbereitung verwehrt. Dies betrifft insbesondere die Überflugrechte über das Territorium der Bundesrepublik Deutschland.

www.free.de/Zope/linksrhein/News – 20.3.03 – Konstanzer Gemeinderat einstimmig:

Dokumentation der Resolution des Konstanzer Gemeinderates gegen den Irak-Krieg, die auf Initiative der Stadträtin der PDS/LL, Monika Schickel, eingebracht und am 20.3. einstimmig verabschiedet wurde

Mit der vorliegenden Resolution will der Konstanzer Gemeinderat nachdrücklich alle Bemühungen unterstützen, den Krieg gegen den Irak zu beenden. Diese Erklärung ist Ausdruck eines tief empfundenen Bedürfnisses der Konstanzer Bevölkerung, sowie der politisch Verantwortlichen in unserer Stadt, da wir das Existenzrecht vieler Menschen gefährdet sehen.

Wir appellieren an alle politische und militärische Verantwortung tragenden Frauen und Männer in Europa, in den USA, im Nahen Osten und in allen anderen Teilen dieser Welt, sich für eine unverzügliche Beendigung des Krieges zu engagieren und sämtliche nicht kriegerische Möglichkeiten auszunutzen, um die Entwaffnung des Irak auf der Grundlage der geltenden UNO-Resolution zu erreichen und den internationalen Waffeninspektoren die erforderliche Zeit für ihre schwierige Aufgabe zu geben.

Diktatoren wie Saddam Hussein müssen wirksam und bestimmt in ihre Schranken verwiesen werden und es muss unser aller Ziel sein, diktatorische Regime aus dieser Welt zu verbannen. Ein Krieg aber, bei dem auf beiden Seiten tausende von Soldaten getötet werden und zahllose unschuldige Opfer in der Zivilbevölkerung zu beklagen sein werden, kann nur das allerletzte Mittel zur Lösung der Probleme sein. Einen Krieg ohne UNO-Mandat verurteilen wir.

Wir Deutsche haben den Amerikanern viel zu verdanken und sind uns dieser Dankesschuld nach wie vor bewusst. Wenn wir in diesen Tagen gegen eine kriegerische Auseinandersetzung im Irak sind, so schmälert das nicht unsere Sympathie zum amerikanischen Volk.

Am 20. März 2003 einstimmig vom Gemeinderat Konstanz verabschiedet •

Bayern: HP macht Compaq platt – Liquidation statt Integration

MÜNCHEN, 07.03.2003 Ehemalige Compaq-Deutschlandzentrale in München und der Compaq-Standort Hannover werden geschlossen. Heute ließ die Geschäftsführung von Hewlett Packard die Katze aus dem Sack: Zwei Tage nach Aschermittwoch wird den Beschäftigten der Compaq-Standorte in München und Hannover eine besonders zynische Fastenkur verordnet: Standortschließung! Das HP Management will damit den im Rahmen der Zusammenführung der beiden Firmen geplanten Stellenabbau vorantreiben, der sich bisher bei ex-Compaq nicht nach Wunsch des Managements entwickelte.

Von München sollen alle Funktionen des ehemaligen deutschen Compaq-Hauptquartiers an die HP-Standorte Ratingen bzw. Böblingen verlegt werden. Von den bisher ca. 600 Arbeitsplätzen in München sollen damit nur noch insgesamt 150–180 übrig bleiben. In Hannover ist geplant, den kompletten Compaq-Standort zu schließen. Betroffen sind etwa 60 Beschäftigte. Mit dieser Variante will sich das Management vermeintlich elegant aus der Verantwortung für die Streichung

von über 350 Stellen stellen. Nach dem Motto, „wer nicht mitgeht, ist selber Schuld“, sollen nämlich die Beschäftigten selbst für den Verlust ihres Arbeitsplatzes verantwortlich gemacht werden.

Aus Sicht der IG Metall und der Betriebsräte an den betroffenen Standorten gibt es keinen nachvollziehbaren betriebswirtschaftlichen Grund für das Vorgehen des Managements. Vielmehr sind die Funktionen, die verlagert werden sollen, für den Geschäftserfolg unentbehrlich. „Das Management riskiert einen erheblichen Geschäftseinbruch und den Verlust von unersetzlichem Wissen, wenn es seine Pläne umsetzt“, meint Christian Brunkhorst, Mitglied des Betriebsrats in München und ehemaliger Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats von Compaq.

Aus Sicht der Betriebsräte hätte der geplante Stellenabbau ebenso sozial- wie geschäftsverträglich gestaltet werden können, wenn man auf Seiten des Managements mehr Flexibilität gezeigt hätte. Dort aber war man zu keiner Zeit bereit, über Alternativen wie Arbeitszeitverkürzung auch nur nachzudenken –

trotz erfolgreicher Beispiele wie Siemens oder Oracle.

In der IG Metall vermutet man, dass die Geschäftsleitung ein Exempel statuieren und der HP-Belegschaft zeigen will was passiert, wenn Menschen sich dem Willen des Managements widersetzen. HP hat in der Vergangenheit alles getan, um gewerkschaftsfrei zu sein. Mit der Compaq-Belegschaft aber kamen Hunderte von IG Metall-Mitgliedern zu HP und damit eine Belegschaft, die in der Vergangenheit einige erfolgreiche Auseinandersetzungen mit dem Management geführt hat.

„Offensichtlich befürchtet das HP Management, dass dieser Virus auf die HP-Belegschaft übergreift“, so Werner Neugebauer, Bezirksleiter der IG Metall in Bayern. „Mit dem jetzt geplanten Vorgehen ist das HP-Management endgültig Opfer seiner geradezu paranoiden Gewerkschaftsangst geworden. Wer Gewerkschaftsfreiheit über den Geschäftserfolg stellt, gefährdet langfristig alle Arbeitsplätze im Unternehmen.“

In den nächsten Tagen werden Betriebsräte und IG Metall beraten, wie sie gegen die Planungen des Managements vorgehen können. Man werde die Wahnsinnspläne auf keinen Fall widerstandslos hinnehmen, hieß es unisono vom Betriebsrat und der IG Metall.

Drehtüreffekt beim Daimler:

Zeitarbeiter rein, Stammbesellschaft raus

Christa Hourani, IGM-Betriebsrätin, in Scheibenwischer Nr. 200/2003

„Daimler-Chrysler will in Deutschland künftig verstärkt Zeitarbeiter einsetzen.“ „Man sollte das etwas offensiver angehen“, sagte der Personalvorstand Günter Fleig dazu in Stuttgart. „Fleig kritisierte die geplante Auflage der Bundesregierung, Zeitarbeitern schon nach nur einem Monat den gleichen Lohn zu zahlen wie der Stammbesellschaft,“ so zu lesen in der Stuttgarter Zeitung vom 12. Dezember 2002.

Was bedeutet soziale Verantwortung eigentlich noch in der DC AG? Seit vielen Jahren führt DC kaum noch Steuern an die Kommunen ab. Die fatalen Folgen sind für jede Bürgerin und jeden Bürger an der Verarmung kommunaler Einrichtungen (z.B. Schulen, Kindergärten, Schwimmbäder usw.) ersichtlich. Jetzt soll auch noch Stammbesellschaft gegen Zeit- und Leiharbeiter ausgetauscht werden.

Was steckt hinter dieser Zeitarbeiter-Offensive? – Mit dem sogenannten Hartzpapier wurde die Diskussion um den verstärkten Einsatz von Zeit- und Leiharbeitern angeheizt. Die Ausweitung der Zeitarbeit und die Abschaffung gesetzlicher Einschränkungen für Leiharbeit sind Kernpunkte der Beschlüsse zur Re-

form des Arbeitsmarktes. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement strebt an, dass der Anteil der Leiharbeiter um das Zehnfache erhöht wird. Das wären dann weit über 3 Millionen Arbeitnehmer. Die Einkommen werden entweder über neu abzuschließende Tarifverträge erfolgen oder nach dem Grundsatz „equal pay“, was heißt, Gleichbehandlung von Leiharbeitern mit der Stammbesellschaft des Entleiherbetriebes. Tatsächlich müssen aber z.B. weder Sonderzahlungen, Weihnachts- und Urlaubsgeld noch Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bezahlt werden.

Doch was bedeutet Zeitarbeit? – Geregelter Arbeitsverhältnisse werden in nicht abgesicherte Arbeitsverhältnisse umgewandelt, aber mit niederem Einkommen und jederzeit kündbar und austauschbar. Die Durchschnittslöhne der Zeit-Arbeitnehmer erreichten 2001 nach Angaben des Fördervereins gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit nur knapp 60 Prozent im Westen und knapp 70 Prozent des Durchschnittsverdienstes der Gesamtwirtschaft. Auch führt es nicht dazu, wie oft behauptet wird, dass Beschäftigte nach einer gewissen Zeit übernommen werden. Statistisch gesehen gelingt es nur jedem siebten Leiharbeiter, durch die gewonnenen Kontakte um Unternehmen eine Festanstellung zu finden. Und es führt auch nicht zu neuen Arbeitsplätzen, sondern zum Abbau gesicherter in ungesicherte ohne jede Arbeitsplatzsicherheit. Alles in allem drohen Leiharbeiter gegen Stammbesellschaften ausgespielt und das allgemeine Lohnniveau gedrückt zu werden. Das führt zum Drehtüreffekt: Leiharbeiter rein, Stammbesellschaft raus.

Zeitarbeit auch bei Daimlerchefs sehr beliebt – Seit das Hartzpapier in der Diskussion ist, gibt es auch in der Unternehmensleitung bei DC Diskussion darüber, wie Leiharbeit unter den neuen Bedingungen genutzt werden kann. Erreicht werden soll damit in erster Linie eine noch höhere Personalflexibilität – also verbesserte Möglichkeiten mit dem Personal beliebig hoch und runter zu fahren – und eine Absenkung der Einkommen, wie obiges Zitat von H. Fleig deutlich zeigt.

Betriebsrat gegen Ausweitung der Zeit- und Leiharbeit – Der Betriebsrat und die IG Metall haben bereits vor zwei Jahren einen ähnlichen Vorstoß der Konzernleitung verhindert. Unternehmensweit wurden in den letzten 5 Jahren 13300 Befristete als Festangestellte übernommen. Dass Beschäftigte, die die gleiche Arbeit tun und am Arbeitsplatz gegenüber arbeiten, das gleiche Einkommen bekommen und die gleichen Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzsicherheiten haben, ist für uns IG Metall-Betriebsräte ein Gebot der Fairness, der Gerechtigkeit und der Solidarität.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) musste ihre Frankfurter Geschäftsstelle schließen, da das Bundesministerium für Gesundheit bislang keine Finanzierungszusagen für 2003 getätigt hat und die Zahlung von Mitteln im laufenden Jahr ausblieben.

ver.di-Bundesvorstandsmitglied Kurt Martin kritisierte am 17.3. dieses Vorgehen und forderte das Bundesministerium für Gesundheit zu unverzüglichem Handeln auf. „Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Sozialhilfeinitiativen ist eine der Organisationen, die sich die Interessenvertretung und Rechtsberatung von Sozialhilfebeziehern zur Aufgabe gemacht hat. Damit unterstützt sie Menschen, die keine hohen Mitgliedsbeiträge zahlen können,“ betonte Martin. Durch eine Schließung der Geschäftsstelle des BAG-SHI sei diese Unterstützung gefährdet, da die Organisation und Koordination der örtlichen ehrenamtlichen Ansprechpartner nicht mehr ausreichend geleistet werden könne. ... Um die Interessenvertretung der Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher wieder zu ermöglichen, forderte Martin das Bundesministerium für Gesundheit zu einer unverzüglichen Finanzierungszusage und schnellstmöglichen Mittelzuweisung auf.

Aus Dialog, Betriebszeitung der IG Metall bei Bosch, Stuttgart-Feuerbach

Der Ingenieur – das unbekannte Wesen

Eine große Frage wird in der IG Metall heiß diskutiert: was für Arbeitszeiten wünschen sich die Angestelltengruppen, unter denen es viele 40-Stunden-Beschäftigte gibt – Ingenieure und InformatikerInnen? Wollen wirklich alle mit einem technischen Studium und alle Führungskräfte einschließlich Teamleitern eine 40-StundenWoche? Oder ist ihnen eine 35-StundenWoche lieber und werden sie nur durch Projektstress zu langen Arbeitszeiten gebracht? Wie viele finden ihre Aufgabe so faszinierend, dass sie am liebsten täglich 10 Stunden arbeiten würden? Wie viele würden lieber abends mit ihren Kindern, PartnerInnen, Bekannten zusammensein anstatt mit ihrem PC?

Damit hängen andere Fragen zusammen: Ist es wahr, dass auf dem Arbeitsmarkt nur vereinzelt Personen zu finden sind, die unsere Ingenieure und Ingenieurinnen entlasten könnten, und wird daher unbedingt jede ihrer Stunden gebraucht? Oder gibt es genügend arbeitssuchende Ingenieure u.ä., denen Firmen wie Bosch die gebrauchten Fähigkeiten nur nicht zutrauen, weil sie ihre vorherige Arbeit verloren haben – egal, durch welche Führungsfehler die betreffenden Unternehmen kaputtgemacht wurden? Wenn wirklich mehr arbeitssuchende IngenieurInnen und InformatikerInnen eingestellt würden, wären dann die heute mit 40-Stunden-Verträgen Beschäftigten bereit, auf das höhere Einkommen zu verzichten? aus Solidarität oder für mehr Freizeit? Wieso gibt es einen Beinahe-Einstellungsstopp, obwohl jetzt viele Ingenieure froh wären, Bosch würde sie einstellen?

Alle diese Fragen spielen in den Verhandlungen eine Rolle, die am 3.12.02 zwischen IG Metall und Südwestmetall begonnen haben. Heute können in den Metallfirmen laut dem Manteltarifvertrag höchstens 18% der Beschäftigten 40-Stunden-Verträge bekommen. Gericht-

lich durchsetzen kann die IG Metall aber nicht, dass der Tarifvertrag eingehalten wird. Die Vorschläge, wie diese Frage künftig geregelt wird, gehen weit auseinander. Manche Firmen hätten es am liebsten, dass die Arbeitszeit gar nicht mehr erfasst wird, weil sie wissen, dass dann um so mehr gearbeitet wird.

Zeitkonten?

Ein möglicher Kompromiss ist der Ergänzungstarifvertrag, der für Bosch Leonberg und Schwieberdingen und später Abstatt abgeschlossen wurde. Darin wird ein Langzeit-Arbeitszeitkonto vereinbart – von 40 Stunden Arbeitszeit gehen wöchentlich zweieinhalb Stunden auf ein Konto, das Gehalt wird aufgrund von 37,5 Stunden berechnet. Die Zeit in diesem Arbeitszeitkonto kann für Pflege von Angehörigen oder für Weiterbildung oder für einen früheren Rentenantritt benutzt werden; wahlweise ist Teilzeit oder völlige Freistellung möglich. Möglich ist auch eine Verwendung für sonstige private Gründe, aber nur dann, wenn die Firma bzw. der Vorgesetzte damit einverstanden sind.

Andere Vorstellungen gehen dahin, dass die Zeitkonten in kürzeren Zeitabständen wieder geleert werden müssen, z.B. alle paar Jahre, oder dass ein Rechtsanspruch darauf besteht, die Zeitkonten nach einer angemessenen Ankündigungsfrist ohne besondere Begründung abzufeuern. Also statt einem Langzeit- ein Mittelfrist- oder Kurzzeitkonto.

Auf jeden Fall muss so ein Zeitkonto gegen Insolvenz der Firma gesichert werden (wie im Fall Schwieberdingen-Abstatt).

Eine einfachere Alternative gegenüber Zeitkonten wäre es, die 18%-Quote gerichtlich einklagbar zu machen. Eine Reihe von Firmen müssten dann viele 40-Stunden-Verträge abbauen. z.B. Porsche Weissach, Daimler-Chrysler-Zentrale Untertürkheim, Bosch Schillerhöhe...

Liberalisierung des Dienstleistungssektors. HB, Donnerstag, 13.3.03. – Attac-Sprecher P. Wahl setzt sich für sofortigen Stopp der Gats-Verhandlungen ein, um das Ungleichgewicht zwischen Industrie- und Entwicklungsländern nicht zu zementieren. L. v. Wartenberg, BDI-Hauptgeschäftsführer, entgegnet, das Gegenteil mache Sinn: „Überall, wo sich die Entwicklungsländer nicht geöffnet haben, zeigen sie Defizite.“

EU soll sich gegen US-Konkurrenz besser behaupten. FAZ, Freitag, 21.3.03. – Wenn die EU bis zum Jahre 2010 zum „dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ werden wolle, wie verabredet, müsse man die Geschwindigkeit für die Umsetzung der Strategie erhöhen, verlangten BDA-Präsident D. Hundt und BDI-Präsident M. Rogowski. Europa dürfe gegenüber Amerika nicht noch weiter an Boden verlieren. Als größte europäische Volkswirtschaft habe Deutschland eine besondere Verantwortung. Hier benötige man eine solide, berechenbare Wirtschaftspolitik, die „dem Wettbewerb und der Eigenverantwortung größeren Spielraum einräumt.“

Versicherungswirtschaft protestiert gegen Forderung nach Unisex-Tarife. HB, Freitag/Samstag, 14./15.3.03. – EU-Sozialkommissarin A. Diamantopoulou plant den Eingriff in die Tarifgestaltung privater Versicherungen. „Es ist mit dem Gleichheitsgrundsatz nicht vereinbar, wenn Frauen höhere Beiträge zahlen oder geringere Renten beziehen als Männer.“ Betroffen sind Gruppenversicherungen im Rahmen betrieblicher Altersvorsorge, individuelle Lebensversicherungen auf Rentenbasis und die private Krankenversicherung. Eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie soll Unisex-Tarife vorschreiben. Frauen seien zunehmend berufstätig und deshalb dem gleichen Stress ausgesetzt wie Männer. Die Differenz in der Lebenserwartung schrumpfe daher. Genetisch sei auch nicht nachweisbar, dass Frauen länger lebten als Männer.“ Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) weist dies zurück: „Unterschiedlich hohe Renten sind das Ergebnis versicherungstechnisch gebotener Differenzierung“.

Caritas-Chef kündigt Stellenabbau an. HB, Mittwoch, 19.3.03. H. Puschmann, Präsident des deutschen Caritasverbandes kündigte die Schließung von Einrichtungen und mögliche betriebsbedingte Kündigungen an. Auch im kirchlichen Bereich sei Besinnung auf Kernkompetenzen nötig.

Presseauswertung: rst

Außerordentlicher PDS-Parteitag am 5. April 2003 in Berlin. Beschluss des Parteivorstandes vom 21. März 2003

Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff der USA auf den Irak sind weltpolitisch gravierende Veränderungen eingetreten.

Der PDS-Parteivorstand hat deshalb auf seiner heutigen Sitzung die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des 8. Parteitags beschlossen. Der Friedensparteitag der PDS wird sich mit Friedenspolitik nach dem Kriegsausbruch beschäftigen.

*Friedensparteitag der PDS
Samstag, 5. April 2003
ab 10.00 Uhr*

Berlin, Haus am Köllnischen Park

Über die vorläufige Tagesordnung können sie sich in den nächsten Tagen im Internet unter www.sozialisten.de informieren.

Generalbundesanwalt nimmt Anzeige nicht an – Erklärung von Evelyn Kenzler und Wolfgang Gehrcke vom 21. März 2003:

Zur Ablehnung des Generalbundesanwalts Nehm, gegen den Bundeskanzler Gerhard Schröder ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Angriffskrieges einzuleiten, erklären der außenpolitische Sprecher und die innen- und rechtspolitische Sprecherin des Parteivorstandes des PDS, Wolfgang Gehrcke und Evelyn Kenzler:

Der Generalbundesanwalt hat am heutigen Tag mitgeteilt, dass er von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den Bundeskanzler Gerhard Schröder aufgrund der Strafanzeige des

Herrn Wolfgang Gehrcke vom 16.12.2002 absieht, da er nach Prüfung des Sachverhalts keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat nach § 80 StGB sieht.

Seine auf neun Seiten entwickelte juristische Argumentation stützt sich im Wesentlichen darauf, dass mit § 80 StGB zwar der Verfassungsauftrag des Art 26 GG „Verbot des Angriffskrieges“ strafrechtlich umgesetzt wurde, diese Strafvorschrift jedoch deutlich enger gefasst ist als die zugrunde liegende Verfassungsnorm. Im Unterschied zum allgemeinen Friedensauftrag des Art. 26 GG, der das friedliche Zusammenleben der Völker allgemein schützt, soll § 80 StGB nur auf die Vorbereitung eines Angriffskrieges abstellen, an dem die Bundesrepublik beteiligt ist. D.h., Deutschland muss nach dieser Auslegung selbst als Krieg führender Staat unter Einsatz seiner Streitkräfte oder in vergleichbar massiver Weise beteiligt sein. Bloße Duldungs- oder Unterlassungshandlungen seien ohnehin nicht unter den Begriff der Kriegsbeteiligung zu fassen.

**Offene Grenzen – für Menschen in Not
Zur Flüchtlingsproblematik als Folge des Irak-Krieges erklärt die PDS-Vorsitzende Gabriele Zimmer erneut:**

Im Schatten der Bomben und Raketen spielen sich, weitgehend unbeachtet von den Medien, menschliche Tragödien ab. Tausende Männer, Frauen und Kinder, alte und kranke Menschen flüchten – es geht ums nackte Leben.

Wegen der jahrelangen Sanktionen gegen den Irak geschwächt, unterernährt und auch verarmt suchen die Menschen ihr Heil jenseits der Grenzen des

Irak.

Die Nachbarländer Türkei und Iran haben ihre Grenzen bereits geschlossen. Die Türkei droht offen mit dem Einmarsch ihrer Truppen in den Irak, um Menschen die Flucht vor dem Krieg zu verwehren. Dort, wo die Flucht ins Nachbarland gelingt, sammeln sich schon Tausende in Zeltlagern. Hilfsorganisationen wie Roter Halbmond, Rotes Kreuz und Malteser Hilfsdienst erwarten bereits den Kollaps der Versorgung.

Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) fordert daher offene Grenzen – nur so könnten die Flüchtlinge wenigstens vorübergehend Hilfe und Schutz bekommen. Internationale Gremien und Hilfsorganisationen brauchen den Zugang in die Kriegs- und Krisengebiete.

Im Namen der Menschlichkeit schließe ich mich diesem Aufruf an, und ich fordere von der deutschen Bundesregierung: Wir müssen schleunigst Maßnahmen zur Verhinderung dieser humanitären Tragödie ergreifen!

Kriegsflüchtlinge sollten in der Bundesrepublik aufgenommen werden. Verletzten Irakern muss hier medizinische Versorgung zuteil werden. Diese Forderung wurde im Übrigen auch schon am vergangenen Sonnabend auf dem PDS-Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Wolfgang Methling erhoben. Die Bundesregierung muss alles in ihrer Macht stehende tun, um den Opfern dieses verbrecherischen Krieges zu helfen.

Leben ist Menschenrecht, helfen eine Menschenpflicht.

Zusammenstellung: jöd

**Stoppt
den
Krieg!**

PDS

www.sozialisten.de

Wir klagen an:



**Völkerrechtsbruch.
Staatsterrorismus.
Massenmord.**

PDS

www.sozialisten.de

WANTED



**Wegen ihres völkerrechts-
widrigen Angriffskrieges
gegen irakische Kinder,
Frauen und Männer. Kriegs-
verbrecher vor den Inter-
nationalen
Gerichtshof!**

PDS

www.sozialisten.de

**Die PDS hat einige neue Informationsmaterialien und Plakate gegen den Krieg erstellt.
Per Internet**

**www.sozialisten.de
kann man z.B. auch eine neue Friedensfahne mit PDS-Logo
bestellen.**

„Trüffelschwein“

„Portugal darf nicht das Chile Europas werden!“ – „Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft!“ – „Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen“ – „Schafft zwei, drei, viele Brokdorf!“

Wem bei diesen Losungen aus den bewegten siebziger Jahren in Hamburg Demos, Kontroversen um die Walpurgisnacht oder internationalistische Veranstaltungen, die ganze Messehallen füllten, einfallen, oder wer an Kämpfe am Bauzaun in Brokdorf denkt, für die oder den ist jetzt das Buch zur eigenen politischen Biografie erschienen: Geschichten vom Trüffelschwein – Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991. Für 24 € gibt's 416 Seiten Lesestoff. Der Autor Michael Steffen war nie Mitglied im Kommunistischen Bund, KB, hat aber in Marburg bei Professor Georg Fülberth Politik studiert. Der ist, ebenso wie der Zweitprüfer Frank Deppe, Mitglied der DKP. Fülberth schrieb 1991 in Konkret einen Rückblick auf den KB vom „Tod eines linken Trüffelschweins“. Der KB hätte sich, so Fülberth, im Gegensatz zur DKP ohne Berührungsängste in den neuen sozialen Bewegungen getummelt. So beharrte die DKP darauf, dass Atomkraftwerke in der DDR sicher seien, weil unter Arbeiterkontrolle, während Mitglieder des KB bereits am Bauzaun des Atomkraftwerks Brokdorf sägen. Wo die DKP schwerfällig war, agierte der KB dort, „wo heute was los ist“, wie Steffen ein Mitglied des KB zitiert. Die positiv gemeinte Bezeichnung Trüffelschwein ist dabei irreführend: Die Metapher, dass eine Organisation Bewegungen wie Trüffel erspürt, mag gelingen finden, wer will. Aber die Wechselwirkung zwischen KB, Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen wird so ausgeblendet. Und wer will schon Teil eines Schweins gewesen sein – meine Mitgliedschaft im KB will ich nicht als Kotelett in Erinnerung behalten.

Die „Geschichten vom Trüffelschwein“ sind das Ergebnis einer mehrjährigen Fleißarbeit von Michael Steffen, der die Idee von Fülberth aufgriff und damit die erste Doktorarbeit über eine der bundesdeutschen K-Gruppen verfasste. Das Buch geht schon in die 2. Auflage. Zwar gibt es bereits eine ähnliche historisch-politische Untersuchung über die ebenfalls der Neuen Linken zuzurechnende trotzkistische Gruppe Internationaler Marxisten, GIM, von Günther Gellrich, die 1999 im Neuen ISP Verlag erschien, aber über die K-Gruppen gibt es ansonsten nur denunziatorische, anti-kommunistische Bücher, wie „Das rote Jahrzehnt“ des früheren KBW-Funktionärs Gerd Koenen. Die reumütige Be-

kenntnisliteratur vermeintlicher Opfer stalinistischer Machenschaften kritisiert Michael Steffen im Trüffelschwein: „Dass der Eintritt in eine der K-Gruppen einem freien Entschluss folgte, oft in Monaten des Sympathisantenstatus hart erarbeitet war, scheint in der rückschauenden Reflexion vergessen worden zu sein.“ Dabei stellt Steffen auch heraus, dass sich der vor allem in Norddeutschland aktive KB von den dogmatischen K-Gruppen sowohl in seiner Art, nach außen Politik zu machen, als auch intern in vielen Punkten unterschied.

So stellt Steffen ausführlich dar, wie der KB sich am Wahlbündnis Bunte Liste Wehrt Euch beteiligt hat, das bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 1978 aus dem Stand auf 3,5 % kam und in Eimsbüttel den Sprung in die Bezirksversammlung schaffte – während die Grüne Liste Umweltschutz nur 1% der Stimmen erhielt. Der Wahlkampf der Bunten Liste, deren Zeichen ein lila Schmetterling war, wurde von einer Vielzahl von Bürgerinitiativen, Frauen-, Betriebs- und Jugendgruppen getragen. Mit Straßentheater, Happenings, Stadtteilstellen waren die neuen sozialen Bewegungen präsent wie selten in der Stadt. Der Namenszusatz Wehrt Euch lehnte sich an einen Kanon an, der seinerzeit bei Aktionen der Anti-AKW-Bewegung gesungen wurde, wenn die Polizei gegen die DemonstrantInnen vorging: „Wehrt Euch, leistet Widerstand, gegen die Atomkraft hier im Land, schließt Euch fest zusammen ...“ Der KB war nicht nur



in der Anti-AKW-Bewegung so aktiv, dass viele Spontis über eine Majorisierung meinten klagen zu müssen. Die Mitglieder des KB waren auch in der Bunten Liste aktiv, wie Steffen beschreibt: „Die Dominanz des Bundes im Rahmen der Bunten Liste basierte ja nicht auf straff geführten Nebenorganisationen (wie das dem ‚Bündniskonzept‘ anderer K-Gruppen entsprochen hätte), sondern war Ausdruck einer gewissen Offenheit einem weiteren linken Spektrum gegenüber, war eben nicht bloß politisch oder organisatorisch vermittelt, sondern auch über die kulturelle Hegemonie des KB im linksradikalen Milieu der Hansestadt,

wie sie in der zweiten Hälfte der 70er Jahre bestand.“

In den „Geschichten vom Trüffelschwein“ thematisiert Steffen zwar laut Titel die ganze Zeitspanne des Bestehens des KB von 1971 bis 1991, aber der Zeitraum von 1980 bis 1991 kommt nur am Rande vor – auf 40 von 416 Seiten. Nur kurz geschildert wird, dass der KB 1989 während der Wiedervereinigung das Gegenteil der national fühlenden Deutschen machte und sich spaltete: Die Antideutschen unterstützten die Kampagne „Nie wieder Deutschland“ und die Mehrheit orientierte auf eine Beteiligung an der PDS.

Der Großteil des Buches handelt von den 70er Jahren: Vom Aufbruch in die Betriebspolitik von 1971 bis 1975. Dabei stellt Steffen auch die anderen K-Gruppen vor, vergleicht, wie sie sich unterschieden, wie sie zu den verschiedenen sozialistischen Staaten standen. Das Engagement des KB in den neuen sozialen Bewegungen in der zweiten Hälfte der 70er wird auch ausführlich nacherzählt. Das hat oft aufzählenden Charakter, einiges steht unvermittelt nebeneinander, so wird etwa die eigenständige Schwulenpolitik im KB im Abschnitt Frauenpolitik behandelt, wo auch die Kinderpolitik auftaucht. Verschiedene Organisationsbereiche werden so erwähnt, ohne dass analytische Fragestellungen deutlich werden, etwa: Inwieweit gab es auch im KB Spuren des deutschen Vereinswesens, war der KB patriarchalisch geprägt.

Steffens Buch ist eher eine Nacherzählung der Politik des KB als eine Aufarbeitung. Ein Freund, der erst seit ein paar Jahren in der antideutschen Linken aktiv ist, war denn auch enttäuscht von der Lektüre: Über die Auseinandersetzungen, die ihn interessieren, erfahre er kaum etwas, der Klappentext sei irreführend. Dort heißt es: „... zeigt das vorliegende Buch ebenso wie manche Hintergründe der Entstehung der Partei ‚Die Grünen‘ oder die Herkunft ‚antideutscher‘ Strömungen.“ Um zu erfahren, dass die Bahamas-Redaktion in Berlin nicht allzu viel mit dem KB zu tun hat und nur eine Facette der antideutschen Strömungen repräsentiert, lohnt sich ein Blick in die 2002 erschienene Nummer 37 der Bahamas. Dort schreibt ihr bekanntester Exponent, Justus Wertmüller, in dem Artikel „konkret kaputt“ gegen Jürgen Elsässer und Rainer Trampert gerichtet: „... dass man sich als Bahamas-Autor anders als die beiden heute noch dafür schämt, fast zwei Jahre lang dem gleichen nichtswürdigen Verein namens Kommunistischer Bund angehört zu haben wie auch Frau Gysi und Herr Trittin“.

Eine Genossin, die bis zur Auflösung

im KB war, meinte in einem Gespräch über das Buch, die politischen Vorstellungen im KB und das Lebensgefühl der Zeit würde nicht deutlich werden. Gerade beim Deutschen Herbst 1977, wo die gesamte radikale Linke unter enormem Repressionsdruck stand und nach dem aus dem KB viele Mitglieder austraten: Steffen vernachlässigt den Zusammenhang, behandelt die zeitgleiche Diskussion über ein Verbot der K-Gruppen und den Deutschen Herbst völlig getrennt voneinander. Er beschränkt sich weitgehend darauf, die Geschichte des KB aus der Sicht von früheren Mitgliedern der Leitung des KB zu erzählen und die Veröffentlichungen auszuwerten. Die Beschreibung des KB-Milieus fällt so ebenso unter den Tisch wie viele Aktivitäten des KB, die nicht von der Leitung ausgingen. Wer viel mit dem KB zu tun hatte, wird sich trotzdem an vieles erinnern, wenn er das Trüffelschwein liest. Eine gelungene Strandlektüre, um zurückzuschauen.

Auch das Datum der Lesung gibt Anlass zur Erinnerung: Am 19. März 1977 fand eine Demonstration gegen den Bau des AKW in Grohnde, Niedersachsen, statt. Im Arbeiterkampf, der Zeitung des KB, wurde zuvor eine detaillierte Beschreibung von Bauzaun und Umgebung veröffentlicht. In Hamburg fehlten plötzlich an vielen Mülltonnen die Deckel. Sie wurden als Schilde gebraucht. Zusammen mit Motorradhelm und Holzknüppel als Ausrüstung gingen so organisierte Gruppen auf eine Polizeisperre los, die sich der Demo in den Weg stellte. Es war das einzige Mal, das ich eine ganze Hundertschaft habe weglaufen sehen. Das war eine andere Form von Militanz als das autonome Einzelkämpfertum. Steffen zitiert dazu Günter Hopfenmüller: „Das hatte nicht den Massencharakter, der uns vorschwebte. Wir haben gesagt: Wenn wir den Bauzaun angreifen wollen, dann wollen wir daraus ein Ding machen, wo sich Tausende dran beteiligen können. Die Geschichte war, wir haben ein 100 Meter langes Seil, an dem können 300 Leute ziehen – und die Kräfte, die da entwickelt werden, die kann ich mit keinem Schweißbrenner entwickeln. Wir können mit unserer Technik innerhalb von Minuten Dutzende von Metern Bauzaun niederreißen. In Grohnde ist das passiert. Das war ein Überraschungsangriff und ist deswegen zu einem Mythos geworden, der dann vom KB sehr gepflegt worden ist.“ Nach dieser Demo begann Ernst Albrecht, CDU, Ministerpräsident von Niedersachsen, sich für ein Verbot der K-Gruppen einzusetzen.

Von Gaston Kirsche (gruppe demontage). Der Autor war von 1976 bis 1991 Mitglied im Sozialistischen SchülerInnen Bund, SSB, dann im KB.

Michael Steffen, „Geschichten vom Trüffelschwein – Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes“. Assoziation A, 2002, 416 Seiten, 24 €.

BRD, Frankreich, Schweiz: Dreiländer-Wanderausstellung vom 23. Mai bis 14. Juni

„Jeder Mensch hat das Rechte, Rechte zu haben“ (Hannah Arendt)

Die Vorbereitungen für die Durchführung einer gemeinsamen Wanderausstellung im „Dreieckland“ (Deutschland, Frankreich, Schweiz) laufen mittlerweile auf Hochtouren. Die Wanderausstellung, ein Nachfolgeprojekt der Dreiländerdemonstration die am 15. Juni 2002 stattfand, soll die Zusammenarbeit der im Dreieckland aktiven antirassistischen Gruppen weiter fördern. Mit der Dreiländer-Wanderausstellung soll in einer schwierigen Zeit versucht werden, Augen zu öffnen um wegzukommen von einer Betrachtung des Menschen (Flüchtling) durch die Brille des Kosten-Nutzen-Prinzips. Wer Menschen auf eine ökonomische Größe reduziert verliert den Blick für die Menschenrechte. Die Ausstellung wird ein interessanter Versuch, ein Menschen über Tabus zu informieren, das Thema auf einer diskussionswürdigen Ebene zu problematisieren und dabei die BesucherInnen zu sensibilisieren und ihnen die Situation von Minderheiten näher zu bringen. Die Ausstellung soll auch ein Appell an alle Menschen sein, sich nicht gleichgültig zu verhalten, sondern alle Menschen mit gleicher Würde zu respektieren, denn jeder Mensch ist in seiner Existenz einmalig.

Eine Ausstellung bietet den Vorteil, dass sie zeitlich nicht befristet ist und jederzeit ergänzt werden kann. So soll sie auch kein abgeschlossenes Projekt sein, sondern immer wieder so erweitert werden, dass Teile der Ausstellung zu Schwerpunktthemen und damit zu Detail-Ausstellungen zusammengestellt werden können. Die Ausstellung soll Teil der politischen Tagesauseinandersetzung werden. Gruppen und Aktionen haben jederzeit die Möglichkeit Teil der Ausstellung zu werden. So reflektiert die Ausstellung immer auch den aktuellen Stand der Auseinandersetzung. Das geplante EU-Asylrecht wird sicherlich noch breites Thema der antirassistischen Bewegung europaweit werden.

Spannend wird noch die Route der Wanderausstellung, die zum einem durch teilnehmende Gruppen organisiert wird, zum anderen auch verschiedenen Institutionen und Gruppen noch angeboten wird. Wir werden natürlich versuchen, dass die Ausstellung immer unterwegs ist.

Ausstellung – Teilnahme

Nach einem ersten Überblick werden sich 25 Gruppen und Organisationen aus dem Dreiländereck mit voraussichtlich 40 Ausstellungstafeln beteiligen. Themenschwerpunkte werden sein: „Asylrecht“ und Praxis; Bewegungsfreiheit; Medien; Sans-Papiers; Abschiebung und Abschiebehaft; Frauen auf der Flucht;

Traumatisierung; Rüstungsexport, Krieg und Flucht; Flüchtlinge und Selbstorganisation und das kommende EU-Asylrecht. Einige Gruppen haben bereits angekündigt, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt einsteigen möchten, da sie derzeit ihren politischen Schwerpunkt auf die Antikriegsarbeit gelegt haben.

23. Mai–14. Juni 2003: Filme

In Zusammenarbeit mit der Medienwerkstatt und dem Kommunalen Kino Freiburg werden während den Ausstellungstagen in Freiburg Filme zu unterschiedlichen Themen gezeigt werden. So werden zum Beispiel auch die beiden FilmemacherInnen Samira El-Maawi und Alejandro Miranda bei der Vorführung ihres Filmes „Menschen im Schatten der



Gesellschaft“ anwesend sein. Weitere Filmbeiträge wird es voraussichtlich zum Thema Folter und Traumatisierung, zu Grenzen allgemein, den nationalen, den Landkreisgrenzen und zu den Grenzen in den Köpfen, geben.

23. Mai 2003: Vernissage

Die Vernissage, die am Freitag den 23. Mai 2003 in der Freiburger KTS stattfindet, wird von MigrantInnen, Sans-Papiers und Flüchtlingen aus den drei Ländern eröffnet werden. Aus der Schweiz wird Enrique Garcia aus Kolumbien sprechen, der immer wieder durch die Schweizer Ausländergesetzgebung als Papierloser in Basel leben musste. Zuletzt lebte er 11 Jahre als Sans-Papier, als Mensch im Schatten der Schweizer Gesellschaft. Serpil Sahin, aus der Türkei in die Schweiz eingewandert, hat eine andere Geschichte zu berichten. Sie ist die Tochter einer immigrierten türkischen Familie und besitzt mittlerweile die Schwei-

zer Staatsbürgerschaft. Wer aus Südbaden und dem Elsaß sprechen wird, steht noch nicht fest.

24. Mai und 14. Juni: Aktionen

Während den Ausstellungstagen soll auch in der Stadt Freiburg gezeigt werden, dass die Ausstellung „Jeder Mensch hat das Recht, Rechte zu haben“ präsent ist. So soll ein Tag nach der Ausstellungseröffnung auf dem Rathausplatz eine größere Aktion mit Kundgebung stattfinden. In einem Pavillon der auf dem Rathausplatz aufgestellt wird, soll ein Teil der Ausstellung gezeigt werden. Außerdem sind alle beteiligten Gruppen dazu eingeladen Informationstische aufzustellen. In einer großen Luftballon-Aktion soll ebenfalls unsere Präsenz gezeigt werden. Die Luftballone werden bedruckt sein mit Losungen wie: „Kein Mensch ist illegal“, „Menschen haben das Recht, Rechte zu haben“, „Rechte statt Schranken“ usw. Sie sollen in der Stadt unter die Leute gebracht werden. Für den 14. Juni 2003 ist auf dem Augustinerplatz



ab 10.00 Uhr eine Transparent-Malaktion mit anschließender Demonstration geplant. Auf dem Augustinerplatz soll ein ca. 100 Meter langes Transparent gegen die Rechtlosigkeit bemalt werden. Um 13.00 Uhr soll es dann eine Demonstration zum Gebäude des Regierungspräsidiums Freiburg geben. Dort soll das Transparent angebracht werden.

LOGO-Wettbewerb

Gesucht wird noch immer ein aussagefähiges druckbares LOGO für ein Netzwerk von Menschenrechts-, Flüchtlings- und Exilorganisationen im Dreieckland. Es ist geplant, dass bei länderübergreifenden Aktionen das LOGO Verwendung findet. Inhaltlich soll es die grenzenlose Respektierung der Rechte aller Menschen egal welcher Herkunft oder welchen Status ausdrücken. Bis zum 30. April 2003 können noch Logo-Vorschläge bei SAGA, Postfach 5328, 79020 Freiburg eingeschickt werden.

(was, an/az Freiburg)

Reisebericht

„Inshallah“-Marokko ?

Ein Land zwischen touristischer Vermarktung und einer neuen Islamdiskussion

Marokko gehört zu den Maghreb-Ländern der arabischen Welt. Maghreb heißt Westen. Es ist ein Land voller Widersprüche, die nur durch eine massive Polizei- und Militärpräsenz gesellschaftlich nicht offen zum Tragen kommen.

Das Land grenzt mit den beiden Enklaven Mellila und Ceuta direkt an die Festung Europa (Spanien), die an der Grenze zu Marokko für mehrere Millionen Euro (EU-Entwicklungsgelder) einen 8 Meter hohen Stacheldrahtzaun mit Infrarotkameras und weiterem Überwachungskram installiert haben. Die Grenze zu Algerien ist ebenfalls nicht passierbar, da es noch immer zu Auseinandersetzungen mit Algerien in Bezug auf die Unterstützung der POLISARIO kommt. Ebenfalls ist auf einigen hundert Kilometern die Grenzziehung bis zum heutigen Tag nicht geklärt. Zu Mauretanien hin errichtete Marokko ein fast 2500 km langes und bis 4 m hohes „Verteidigungswerk“ aus Sandwällen, Panzersperren und Minenfeldern, das zusätzlich durch aufwendige Radarsysteme aus den USA verstärkt wird. Dieser auch „Mauer“ genannte Sperrwall umschließt mittlerweile etwa drei Viertel des Gebietes von der Westsahara und verläuft weit im Süden der wichtigen Phosphatvorkommen bis zum Atlantik. Zuletzt machte Marokko durch die kurzzeitige Besetzung der Petersilieninsel, die von Spanien beansprucht wird, auf sich aufmerksam.

Einreise

Die folgenden Zeilen basieren im wesentlichen auf eigenen Erfahrungen während einer vierwöchigen Reise durch das Land, ergänzt mit etwas Literatur.

Wir nahmen die Überfahrt von Alge-

ciras, vom europäischen Festland nach Ceuta (Sebta). Um von Ceuta nach Marokko einreisen zu können gibt es nur eine Grenze, die stark frequentiert ist. Touristen werden bei der Einreise auf eine Extra-Spur ausgewiesen. Einzelne Marokkaner die sich etwas Geld verdienen möchten, verteilen gelbe Zettel, die man später braucht um den notwendigen Einreisestempel in den Pass zu bekommen. Hat man den kleinen Zettel mit all den persönlichen Daten ausgefüllt, heißt es Schlange stehen, vor Schalter 4. Für all diejenigen die noch Besitzer eines Autos sind, heißt dies doppeltes Ausfüllen und Anstehen. Nach der fast zweistündigen Einreiseprozedur inmitten der europäisch-afrikanischen Festungsanlage geht es schließlich weiter.

Tetouan

In der Nacht sind wir in der 350 000 Menschen zählenden Stadt angekommen. Bis 1956 war Tetouan die Provinzhauptstadt des spanischen Protektorates. Die Stadt besitzt eine gut erhaltene Stadtmauer in deren Innern sich die Medina (Markt) befindet. Die Altstadt hat noch weitgehend das Gesicht ihrer andalusischen Herkunft bewahrt. In der Medina herrscht ein reges Treiben. Bei näherem hinsehen erkennt man den Kampf um jeden Dirham. In jeder Gasse betreiben hunderte von Händlern ihr Tagesgeschäft. Bei vielen geht es darum eine ausreichende Tageseinnahme für ihre Familien mit nach Hause zu bringen, so zum Beispiel die Berberfrauen aus dem nahen Rifgebirge die selbstgewebte Decken für 30 Dirham (ca. 3 Euro) anbieten. Trotz der zahlreichen Anbieter wirkt die Medina wie ein großer Supermarkt, der nach einem gewissen System aufgebaut ist. So haben die Fleischer, die Fischverkäufer, die Obst- und Gemüseverkäufer, die Läden



wo Teppiche verkauft werden, der Schreiner, usw. ihre festen Plätze. Geschätzt wird, dass es weit über 500000 Klein- und Straßenhändler in Marokko, bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 27 Mio. EinwohnerInnen, gibt. 45 % leben in den Städten, 41 % der Bevölkerung sind Jugendliche unter 15 Jahren.

Wer nichts zu verkaufen und auch keine Arbeit hat, der bettelt oder er sucht sich die Zielgruppe „Tourist“ und bietet (drängt) sich als Guide an(auf).

Auf den Plätzen, wie zum Beispiel dem Place Hassan II, befinden sich zahlreiche Cafes und Teeläden. Diese sind Treffpunkt auch für die vielen Arbeitslosen die dort ihre Zeit bei einem Tee und vor dem Gemeinschaftsfernseher verbringen. Wir verbringen eine Nacht in der Stadt. Am Morgen des 28.12.02 werden wir von einer warmen marokkanischen Wintersonne begrüßt, die uns dann auch wochenlang treu bleibt.

Durch das Rif-Gebirge nach Meknes

Wir verlassen Tetouan in Richtung Meknes. Da es vor unserer Reise wochenlang geregnet hatte, belohnt uns die Natur im Norden mit einem satten Grün, so wie wir es im kalten Deutschland vom Monat Mai her kennen. Die Tiere, insbesondere die zahlreichen Esel, Kühe und Schafe genießen sichtlich die Satttheit der Natur. Einige Monate später wird die Sonne das Gebiet wieder ausdornen. Wir sind noch keine 40 km von Tetouan entfernt, liegen rechter und linker Hand Berge mit einer Höhe bis zu 1900 Meter. Überall wird Hirschisch zum Kauf angeboten. Gegen Abend erreichen wir nach einer gemütlichen Fahrt Meknes. Meknes ist eine von vier Königsstädten in Marokko. Auch in Meknes findet man die Spuren der Kolonialisten. 1912 wurde die Stadt von den Franzosen erobert und die genannte Ville Nouvelle (Neustadt) errichtet. Heute hat sich in der Neustadt eine bemerkenswerte Nahrungsmittelindustrie angesiedelt die Meknes als Handelszentrum für landwirtschaftliche Güter interessant macht.

Die alte und die neue Stadt wird durch den Qued Boufekrane (Fluss – meist ohne Wasser) getrennt. In der Altstadt in der sich auch die Medina mit einem Labyrinth voller Gassen befindet, trifft man das gleiche Bild wie aus Tetouan wieder. Menschenmassen drängeln sich durch die Gassen, überall Kleinhändler. Auf dem Place Lalla Aouda sitzt neben vielen anderen Händlern ein älter Mann mit seiner mobilen Miniwerkstatt. Er repariert Schuhe. Für 20 Dirham bekommen meine Schuhe eine neue Sohle. Eine perfekte Arbeit, wie sich Wochen danach her-



Westsahara in der Nähe großer Phosphatvorkommen

ausstellte. Neben ihm ein jüngerer Mann der sich um eine öffentliche Toilette kümmert und von jedem der sie benutzt 1 Dirham bekommt. Der nächste kauft sich eine Schachtel Zigaretten für 15 Dirham mit 20 Zigaretten und verkauft diese als Einzelstück. So verdient er pro Schachtel 5 Dirham. So leben Tausende in einem labilen Kreislauf. Diese Kleinsthändler gehören nicht zu den „Globalisierungsgewinnern“. Das weiß auch die islamistische Partie de la justice et du developement (PJD, Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung). Die Partei die in den Armutsvierteln an die meist Analphabeten Petroleumlampen als Wahlwerbegeschenk verteilte, wurde bei der letzten Wahl auf Anhieb drittstärkste Partei in Marokko. Eine Partei die den islamischen Bezug auf allen Ebenen der Gesellschaft ausdehnen möchte, und bereits auch die Einführung der Scharia in Marokko in die Schlagzeilen und damit in die Diskussion bringt.

Durch den hohen Atlas

Von Meknes geht unsere Reise weiter in den Hohen Atlas. Hinter Azrou, dem Forêt de Cedres, einem stark bewaldeten Gebiet treffen wir auf die ersten wild lebenden Berberaffen. Die Affen wissen, dass sie an der Strasse genügend Futter bekommen, und so versammeln sie sich zur Nahrungsaufnahme auch dort. Anschließend fahren wir über den 2178 m hohen Col du Zad nach Midelt das auf 1488 m Höhe liegt. Von Midelt machen wir einen Abstecher nach Aouli in eine stillgelegte Mine wo vorwiegend Bleierz gefunden wurden, die geringe Silberanteile aufweisen. Unterwegs treffen wir Khalou. Wir fragten ihn ob er mitfahren möchte. Nachdem wir sein Haus erreichten, stellen wir fest, dass er noch mehr als 10 km hätte laufen müssen. Khalou lebt in einem Tal inmitten hoher brauner Felsen. Sein Haus hat die Farbe der Felsen.

Das Haus mit Flachdach verfügt über mehrere Zimmer, man läuft auf einem Naturboden. Das Leben der Familie ist sehr bescheiden, der größte Stolz der Familie ist eine Kuh und ein Esel. Khalou selbst, der uns sein Arbeitsbuch zeigte, ist immer wieder unterwegs nach Arbeitssuche.

Zurück in Midelt entscheiden wir uns für ein Tajine, ein Essen das ein Berber draußen bei einem Straßenstand zubereitet hat. Das Essen und ein Bier bekommen wir in einem hinteren Raum serviert, versteckt vor der „antialkoholischen“ islamischen Außenwelt.

Vom Atlas in die Sahara

Wir verlassen Midelt und erreichen bald Tizi-n-Talrhemt, der mit 2800 m hohen Bergen umgeben ist. Die Fahrt geht weiter durch eine wunderschöne Berglandschaft die bereits die nahe Sahara ankündigt. Dem Qued Ziz folgend verlassen wir den Hohen Atlas und erreichen Ar-Rachidia. Ar-Rachidia liegt ca. 150km Luftlinie von der umstrittenen marokkanischen-algerischen Grenze entfernt. Deshalb befinden sich in der Stadt mehrere Kasernen. Das Bild des Soldaten prägt auch das Stadtbild. Die Stadt, wie zahlreiche Städte im Süden, werden vom marokkanischen Staat gefördert, damit sich immer mehr Menschen im Süden Marokkos niederlassen. Diese Politik hängt mit der eingangs beschriebenen Grenzdramatik Marokkos zusammen. Ar-Rachidia ist der nördlichste Ausgangspunkt des Tafilalt. In einer Länge von über 100 km hat der Qued Ziz im Laufe seiner Geschichte ein breites fruchtbares Tal ausgewaschen in dem heute Tausende von Dattelpalmen und andere Bäume wachsen. Dort legten wir eine kurze Zwischenstation (Erfoud) ein bis wir schließlich über eine Piste den Erg Chebbi erreichten. Erg heißt Sandwüste und Chebbi ist der Name. Die Dünen sind

die größten Marokkos und sind weit über 100 Meter hoch. Um die Dünen wurden mittlerweile mehr als 30 Herbergen für Touristen gebaut, dementsprechend ist auch die Konkurrenz. Man erzählte uns, dass in den nächsten zwei Jahren eine Wasserpipeline in das Gebiet gelegt werden soll. Wir vermuten stark, dass der Bau der Pipeline touristische Hintergründe hat. Der organisierte Tourismus ist mit Ranche-Rover Konvois unterwegs, die eine größere Anzahl von Marokko-Besuchern zu den Dünen und anderen Plätzen fährt, manchmal nur kurz für einen Fototermin. Wir campieren an den Dünen, unter Palmen und bekommen am Abend Besuch von Said. Said ist Berber aus Quarzazate und hat sich zum Erg Chebbi aufgemacht in der Hoffnung in einer Herberge Arbeit zu finden. Doch er hatte kein Erfolg. So haben wir ihn mitgenommen. Auf dem Weg von Merzouga nach Rissani zeigt uns Said eine neue geteerte Strasse die für das Militär gebaut wurde und entlang der algerischen Grenze verläuft, die keine 20 km entfernt ist. Auffällig sind in den Südregionen die zahlreichen Straßenkontrollen durch die Polizei und natürlich die Kasernen.

Westsahara

Unsere Reise führte uns von Rissani über Zagora nach Mhamid, Tata, Akka bis runter nach Tarfaya auf der Höhe der Canarischen Inseln. In manchen Orten haben wir Menschen getroffen die Sympathie mit der Frente Popular para la Liberacion de Saguia el Hamra y Rio de Oro (Polisario) hatten. 1973 begann die Polisario für die Befreiung der Westsahara gegen die Spanier zu kämpfen, 1976 räumten die Spanier das Gebiet und zeitgleich marschierten marokkanische Truppen in das Gebiet ein. Das Gebiet wurde offiziell zwischen Mauretanien und Marokko aufgeteilt. 1979 schloß Mauretanien mit der Polisario einen Vertrag und verzichtete auf den Südtteil der Westsahara. Daraufhin besetzten ebenfalls marokkanische Truppen diesen Teil der Sahara. Noch heute leben ca. 350.000 Westsahara-Flüchtlinge unter schlimmsten Bedingungen in Tindouf, einer algerischen Stadt an der Grenze zur „marokkanischen“ Westsahara. Tarfaya liegt ca. 100 km von Laayoune entfernt wo auch die politische Westsahara beginnt, wie uns in Tarfaya erklärt wurde. Nicht weit von dort entfernt liegt Boukra, jenes Gebiet wo es immense Phosphatvorkommen gibt, der eigentliche Grund für die jahrzehntelangen kriegesischen Auseinandersetzungen die Vertreibung, Flucht und für viele den Tod brachten.

Tatsächlich gäbe es noch sehr vieles zu berichten. (was)



Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Thema: „Terrorismus“

Von Franz-Karl Hitzte

„Politische und militärische Aspekte des Kampfes gegen den Terrorismus“ standen im Mittelpunkt des 5. friedens- und sicherheitspolitischen Symposiums der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg/Berlin und Helle Panke. Das Thema war brennend aktuell angesichts des völkerrechtswidrigen Überfalls der USA und Großbritanniens auf den Irak. Die Spielstätte des Hans-Otto-Theaters Potsdam war mit über einhundert Besuchern gut besucht. Die Veranstaltung bewies erneut, dass sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung in ihrem öffentlichen Agieren nicht einigelt, sondern sich gern Repräsentanten der alten Bundesländer bedient, um ihren Veranstaltung entsprechende Reputation zu gewährleisten. Zu einem Vortrag geladen war u.a. Hans C. Graf von Sponeck, ehemaliger UN-Beauftragter für das Programm „Öl für Nahrungsmittel“ in Irak, der aus Protest gegen den Missbrauch humanitärer Aktionen zurücktrat. Er berichtete unter anderem wie Realitäten in Irak und offizielle UN-Berichterstattung seit Jahren weit auseinander klaffen. Der Redner rügte vor allem, dass die Ursachen des Terrorismus nur ungenügend aufgedeckt werden. Er verneinte vehement die amerikanische Losung von der „Achse des Bösen“ und stellte dem die „Achse der Falschinformationen“ der USA entgegen.

In einem eindrucksvollen Vortrag geißelte Prof. Dr. Siegwath-Horst Günther (St. Peter-Ording) die völkerrechtswidrige Verwendung von krebsauslösender

Uran-Munition durch die US-Streitkräfte im zweiten Golfkrieg. Am Beispiel eigener medizinischer Untersuchungen im Irak schilderte der Wissenschaftler die grauenvollen Auswirkungen auf die Bevölkerung, vor allem auf die Kinder des Irak. Über 250000 Iraker leiden heute noch unter dem Golfkrieg-Syndrom, nicht nur die über 30000 amerikanische GI.

Der Friedensforscher Prof. Dr. Dr. Ernst Woit (Dresden) nahm ausführlich zur theoretischen Begriffsdefinition „Terrorismus“ Stellung. Er wandte sich mit Nachdruck gegen pseudowissenschaftliche Versuche, den augenscheinlichen Staatsterrorismus aus den Definitionsversuchen herauszuhalten.

Der Paderborner Forscher und Politologe Dr. Werner Biermann gab einen detaillierten Überblick über die Ergebnisse der Privatisierung der modernen Kriegsführung. Dafür hätten die USA bis heute schon über 300 Mrd. Dollar investiert.

Prof. Dr. Ekkehard Sauermann (Halle/S.), bekannt durch seinen soziologischen Untersuchungen zum Thema „Neue Welt Kriegs Ordnung“ (Atlantik Verlag, Bremen) äußerte große Sorge, dass der US-amerikanisch-britische Krieg gegen Irak zu einer enormen Entwicklung des politischen Islamismus führen werde. Er vertrat die Meinung, dass es den USA weniger um den Nahen und Mittleren Osten ginge als mehr um die Rekolonialisierung der Welt unter der Herrschaft der Vereinigten Staaten.

Ihm schloss sich Dr. Lothar Schröter (Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg) an, der die Eignung militärischer Streitkräfte zur Bekämpfung des Terrorismus kategorisch verneinte.

Die engagierte Diskussion im Plenum brachte schließlich die ganze Zeitplanung des Veranstalters durcheinander.

3. April, Berlin: Werkstattgespräch: *Genossenschaften – Unternehmen an der Schnittstelle zwischen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik*. Die Veranstaltung wird von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in Berlin in Kooperation mit dem DGB durchgeführt. Das Ziel des Werkstattgesprächs ist es, die verschiedenen Aspekte der Genossenschafts-Diskussion aufzugreifen, um der Frage nachzugehen, ob die Förderung von beschäftigungsorientierten Genossenschaftsgründungen für Berlin ein Weg zu mehr Beschäftigung sein kann. Das Genossenschaftswesen hat in Deutschland eine rund 150-jährige Tradition. Die Palette der heute bestehenden Genossenschaften umfasst Kredit-, Agrar-, Handwerks-, Wohnungs- und Konsumgenossenschaften. Produktivgenossenschaften haben sich vor allem im Bereich der Land-, Bau- und Wohnungswirtschaft bereits in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts etabliert. An der Schnittstelle von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik können Produktiv- und Stadtteilgenossenschaften heute neue Impulse setzen: Einerseits produzieren sie Wirtschafts- und öffentliche bzw. Gemeinschaftsgüter. Andererseits haben Genossenschaften den gesetzlichen Auftrag zur Wohlfahrt ihrer Mitglieder, so z.B. zur Schaffung und Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes, beizutragen. In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS in Berlin wird die Gründung von Stadtteil- bzw. Produktivgenossenschaften angeregt, um durch öffentlich geförderte Unternehmensgründungen Langzeitarbeitslose wieder dauerhaft in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Doch nicht nur in Berlin ist diese Unternehmensform zu neuer Aktualität gelangt. Neben den Wirtschaftsbereichen, in denen Genossenschaften auf eine lange Tradition zurückblicken können, wenden sich heutzutage auch Berufsgruppen der Genossenschaftsform zu, die man bisher nicht mit genossenschaftlichen Prinzipien in Verbindung gebracht hat. Im Anschluss an das Werkstattgespräch wird interessierten Teilnehmern die Möglichkeit geboten, mit Expertinnen weiterführende praxisorientierte Fragestellungen zu erörtern. Aus dem Programm: I. Unternehmensform Genossenschaft: Eine alte Idee gewinnt neue Aktualität; Stadtteil- und Produktivgenossenschaften – ein Weg zu mehr Beschäftigung in Berlin; Das Genossenschaftswesen in Deutschland und der EU; Kooperative Ansätze zur Regionalentwicklung: Existenzgründung und -sicherung durch Genossenschaften? Arbeitsplatzsicherung durch Genossenschaften? Beschäftigungspolitische Wirkungen neuer Genossenschaften. II. Genossenschaften in der Praxis; III. Gründung von beschäftigungsorientierten Genossenschaften – ein Weg aus der Arbeitslosigkeit? Teilnahmegebühr von 30 Euro, eingeschlossen sind Unterlagen, Pausengetränke, Imbiss. Anmelden bis zum 28.3. bei: BBJ Consult AG, Tel. 5505-1311, -1305, E-Mail: tagungen@bbj.de Ort der Veranstaltung: DGB-Konferenzhaus, Penthouse-Saal, Wallstr. 65, 10179 Berlin

5. April, Berlin: Friedensparteitag der PDS, ab 10.00 Uhr, Haus am Kölnischen Park. Über die vorläufige Tagesordnung Informationen unter www.sozialisten.de

5./6. April, bundesweit: Die War Resisters' International ruft für das Wochenende 5./6. April zu *gewaltfreien Aktion an Militärbasen* auf.

26.-27. April, Berlin: *Auf dem Weg zum Europäischen Sozialforum in Paris*. Vorbereitungstreffen für das Europäische Sozialforum im November 2003 in Paris. Von der französischen Vorbereitungsgruppe wurden vier Achsen vorgeschlagen, um die sich die Veranstaltungen in Paris inhaltlich gruppieren sollen: 1) „Für ein Europa des Friedens und der Solidarität“; 2) „Für ein soziales und demokratisches Europa“; 3) „Für ein Europa nachhaltiger und solidarischer Entwicklung“; 4) „Für ein demokratisches Europa der Information, der Kultur und der Bildung, für eine Ethik der Wissenschaft“, Infos und Kontakt: www.dsfgsf.org brown.d@t-online.de

26./27. April, Fulda: *Jahresversammlung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*. Samstag Beginn 11.30 Uhr

(Tagesordnung etc. siehe Kasten)

10. Mai, Rostock: *Regionale Basiskonferenz* der PDS-Landesverbände Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig Holstein

24. Mai, Berlin oder Potsdam: *Regionale Basiskonferenz* der PDS-Landesverbände Berlin, Brandenburg

25. Mai, Bremen: *Bürgerschaftswahlen*

1.-3. Juni 2003, Evian: *G7/G8 Gipfel* in Evian, Frankreich

30. Juni – 4. Juli, Hamburg: *4. Europäischer Kongress zur Friedenszerziehung, Die Waffen nieder – eine friedliche Welt ist möglich!* Anmeldung, Programm: Kongressbüro GEW Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 040/44 73 49, Fax: 450 46 58, e-mail: peacecongress@gew-hamburg.de Information: Horst Bethge, Saseler Kamp 69a, 22393 Hamburg, Tel.+Fax: 040/6015212 E-mail: horst.bethge@T-online.de • Hartmut Ring, Gellertstr. 29, 22301 Hamburg, tel.+Fax: 040/2792353, E-mail: ppf@ecolink.org Kongress-Web: <http://www.ppf-germany-congress.org>

7.-10. August, Sondershausen: *Linke Sommerschule* der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung

Einladung zur

Jahresversammlung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Beginn: Samstag, 26. April, 11.30 Uhr
Ende: Sonntag, 27. April 12.00 Uhr

Samstag:

1. Bedeutung der PDS-Programmdebatte in der aktuellen Politik
2. Krieg gegen den Irak, Kriegsziele, Auswirkungen auf die Entwicklung der internationalen Beziehungen
3. Deutsch-französische Achse und die EU-Verfassungsdebatte
4. Satzungsdebatte, Kassenbericht, Entlastung des Arbeitsausschusses, Wahlen und Beschluss über den Haushalt 2003

Sonntag:

5. Imperialistische Metropole versus solidarische Stadt / Entwicklungskonzepte in Ballungszentren

Anmeldung:

Über die Landesarbeitsgemeinschaften oder GNN Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221-21 16 58. Wir bitten um rasche Anmeldung.